



Protokoll der 8. ordentlichen Sitzung des 83. Studierendenparlaments am 20.04.2026

Tagesordnung (wie unter 1c beschlossen):

TOP 1 Begrüßung und Formalia

- a) Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
- b) Beschluss über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen
- c) Genehmigung der Tagesordnung

TOP 2 Beschluss des Protokolls vom 23. Februar

TOP 3 Protokoll der siebten Sitzung des Haushaltsausschusses

- a) Antrag 83-08-04: Finanzantrag des Campus Festivals

TOP 4 Wahl von Mitgliedern für Gremien der Studierendenschaft

- a) Wahl eines Mitglieds für den Hochschulausschuss

TOP 5 Berichte aus Gremien

- a) Berichte aus den Ausschüssen
- b) Bericht aus dem Allgemeinen Studierendenausschuss
- c) Bericht aus der Fachschaftsvertretungskonferenz
- d) Berichte aus weiteren Gremien

Sitzungsort:

Hybrid in LMS 8, R.EG.017 und via Zoom, Abstimmung über VotesUP!

Zeitraum: 18:04 – 23:24 Uhr

Sitzungsleitung:

Alexandra Schröder (Präsidentin)

Greta Langschwager (Vizepräsidentin)

Isabel Pesin (Vizepräsidentin)

Protokoll:

Emily Bleß (Schriftführung)

TOP 6 Antrag 83-08-05: Stellenplan [NÖ]

TOP 7 Sach- und Finanzanträge

a) Antrag 83-08-01: Antrag Abwahl eines Mitglieds des Studierendenparlaments und des Verwaltungsrats SH [NÖ]

c) Antrag 83-08-09: Antrag Unterstützung Schulstreik

d) Antrag 83-08-10: Antrag Handlungskonzept gegen Rechts

e) Antrag 03-08-11: Finanzantrag Fußballturnier

TOP 8 Änderungen von Satzungen und Ordnungen der Studierendenschaft

a) Antrag 83-08-06: Änderung der Organisationssatzung der Studierendenschaft (Ehrenamtspauschale)

b) Antrag 83-08-07: Änderung der Finanzsatzung der Studierendenschaft

TOP 9 Verschiedenes

Anwesende:

Campus Grüne: Alva Meise (online), Mia Hennig (online, 18:37-22:15), Max Härtel, Fritz Herkenhoff (bis 23:17 Uhr), Kenan Bilen (bis 23:17 Uhr), Laura Falk (bis 23:17 Uhr), Nick Jürgens (18:37-21:18 Uhr)

LHG:

Juso HSG: Domenik Gerigk (bis 23:10 Uhr), Ole Geberbauer

FaLi: Lukas Drescher, Philipp Schmidt

IJV: Emily Böhme, Moritz Willrodt

PeLi: Nik Pohl, Lena Dummann, Ferdinand Steiner (bis 22:58 Uhr), Mika Wilhaus (online, 18:15-19:00 Uhr),

RCDS:

Volt: Franziska von Blittersdorff (online, ab 19:30 Uhr), Oskar Lachnit

Anwesende ohne Stimmrecht: Kim Sebastian Tollgaard-Schmidt (bis 19:47 Uhr), Leon Neugebauer (ab 20:23 Uhr), Yorik Hansen, Daniel Mäckelmann, Danquah Gyimah (bis 18:56 Uhr), Stella Thomsen (19:40-21:30 Uhr), Marie Kuch (bis 21:30 Uhr), Lea-Marie Lopau, VertreterInnen des Campusfestivals (Hannes Saure, Amelie Pieper, Martina Kühl, bis 18:40 Uhr)

TOP	Abstimmung	Inhalt
TOP 1 Begrüßung und Formalia a) Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit b) Beschluss über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen c) Genehmigung der Tagesordnung	(Ja/Nein/Enthaltung) a) b) c) (17/0/0)	Alexandra S. beginnt die Sitzung um 18:04 Uhr. Es wurde ordnungsgemäß eingeladen und das Stupa ist beschlussfähig. Es sind drei Dringlichkeitsanträge eingegangen. Moritz W. stellt den Antrag vor. Es musste sich erst mit dem Komitee abgesprochen werden. Dies war ein langer Prozess und das Ergebnis kam zu spät für einen fristgerechten Antrag. Die Veranstaltung ist vor der nächsten StuPa-Sitzung bereits vorbei. Der Antrag wird unter TOP 7c als 83-08-09 geführt. Nik P. bringt den Antrag ein. Es wäre zeitlich sinnvoll den Antrag heute zu bearbeiten, wenn der Hochschulausschuss eine Stellungnahme verfassen soll. Der Antrag wird unter TOP 7d als 83-08-10 geführt. Max H. stellt den Antrag vor. Es ist eine eigenverantwortliche Organisation zum ersten Mal. Man habe sich bereits im Januar gemeldet, aber keine Rückmeldung erhalten. Der Antrag wird unter TOP 7e als 83-08-11 geführt. Der TOP 7b Antrag 83-08-08 sei nicht mehr aktuell, da der Rücktritt eingereicht wurde. Abstimmung über die TO. Die TO ist genehmigt.
TOP 2 Beschluss des Protokolls vom 23. Februar		Die Protokolle wurden spät hochgeladen und der Beschluss derer wird auf die nächste Sitzung vertagt.
TOP 3 Protokoll der siebten Sitzung des Haushaltsausschusses a) Antrag 83-08-04: Finanzantrag des Campus Festivals	(16/0/2)	Kim S. stellt das Protokoll vor. Es gab viele kostspielige Anträge. Philipp S. fragt, warum der Antrag des GAP nicht bewilligt wurde. Kim S. erklärt, dass die Anmeldegebühr von 40€ bei einer großen TeilnehmerInnenzahl die Lücke füllen sollte und niemand da war, um Fragen zu klären. Philipp S. sagt, dass es schwierig ist kein Geld zu geben, weil niemand da war und fragt, ob eine neue Abstimmung möglich wäre. Kim S. sagt, dass ein neuer Antrag mit TeilnehmerInnenzahl und Geldsumme nötig wäre. Abstimmung über das Protokoll Das Protokoll ist beschlossen.

		a) Amelie P. sagt, dass das Geld bei der Stadt gering sei und das Campusfestival weniger Geld bekomme und als Absicherung das Geld beantrage. Domenik G. schlägt vor eine Stellungnahme gegen die Weniger-Förderung zu schreiben. Amelie P. sagt, dass die Stadt mit einer Stellungnahme nicht verärgert werden sollte. Ole G. sagt, dass eine Stellungnahme dann nicht richtig sei. Nik P. sagt, dass eine allgemeine Stellungnahme gegen Kürzungen, die das Campusfestival nicht speziell erwähnt, verfasst werden könnte. Philipp S. sagt, dass dem Antrag zugestimmt werden sollte, da ins Campusfestival viel Arbeit reingeflossen sei und als Idee verschieden teure Tickets für Studenten und nicht-Studenten verkauft werden könnte. Amelie P. sagt, dass es lieber einen Bonus für Studierende geben sollte. (15/0/2) Abstimmung über den Antrag 83-08-04. Der Antrag ist angenommen.
TOP 4 Wahl von Mitgliedern für Gremien der Studierendenschaft a) Wahl eines Mitglieds für den Hochschulausschuss		a) Es werden Mitglieder für den Hochschulausschuss gesucht. Es geht v.a. um das Formulieren von Stellungnahmen. Wer gewählt ist, kann auch Stellungnahmen ins Rollen bringen. Niemand meldet sich.
TOP 5 Berichte aus Gremien a) Berichte aus den Ausschüssen b) Bericht aus dem Allgemeinen Studierendenausschuss c) Bericht aus der Fachschaftsvertretungskonferenz		a) Nik P. berichtet aus dem Hochschulausschuss. Es ist ein Awareness-Workshop für den Anfang des nächsten Semesters geplant. Daniel M. berichtet aus dem Rechtsausschuss. Es werden Änderungen der Ordnungen der Studierendenschaft später in der Sitzung diskutiert. Daniel M. berichtet aus dem Wahlrechtsreformausschuss. Es wurde der Antrag zur Verschiebung des Wahlzeitraumes diskutiert. Es wurden Wahlrechtsreformen diskutiert. Alexandra S. berichtet aus dem Wahlausschuss. Die Ankündigung wurde im AStA ausgehangen und die Dokumente aktualisiert. Ein Meeting zum aktuellen Stand steht als Nächstes an. Philipp S. sagt, dass die Fachschaften Migration und Diversität und SoPo offiziell zusammengelegt wurden. b) Lea L. stellt den Bericht vor. Alexandra S. fragt, wie die Vollversammlungsfrist ist. Lea L. sagt, dass es im Hochschulgesetz eine klare Definition von 4 Wochen gibt, von der es keine Ausnahme gebe. Alexandra S. sagt, dass die Umlaufbeschlüsse in den Sitzungsunterlagen zu finden sind und fragt nach, was mit Vizepräsidentin gemeint ist. Lea L. erklärt, dass es sich um eine studentische Vizepräsidentin im Uni-Präsidium handeln würde.

d) Berichte aus weiteren Gremien		Kenan B. sagt, dass durch Sanktionsmaßnahmen festgestellt werden sollte, dass keine Lehre während der Vollversammlung stattfindet. Lea L. sagt, dass in der LAK Sanktionsmaßnahmen angesprochen wurden und das Ministerium sagt, dass es ja verboten sei. Ole G. sagt, dass die Streichung des erweiterten Senats schwierig sei und eine Vizepräsidentin z.B. in Trier schon existiere. Philipp S. sagt, dass nach der aktuellen Wahlsatzung eine Vizepräsidentin möglich wäre. Alexandra S. sagt, dass die Quartalsberichte auf OLAT sind. Lea L. sagt, dass die Berichte nicht vollständig seien und an die Referate Mails bis zur nächsten Sitzung verschickt werden. Philipp S. sagt, dass das Fachschaftsreferat noch nicht zu Ende abgerechnet habe. Laura F. fragt, ob die Sticker bei der SIT Gegenveranstaltung gut weggegangen seien. Philipp S. bejaht dies und sagt, dass alles Sticker weg seien. Lea L. sagt, dass die Kosten der Vollversammlung durch den Referatsplan des Vorstandes abgedeckt werde. c) Philipp S. stellt den Bericht vor. Alexandra S. fragt, wann die Stellungnahme eingegangen sei, worauf Philipp S. antwortet, dass es heute um 17 Uhr eingegangen sei. Kenan B. wünscht sich eine andere Kommunikation, da zwei Studiengänge aus der Orga-Satzung rausgestrichen werden müssen. d) Es gibt keine weiteren Berichte. <i>Pause: 19:23 Uhr – 19:41 Uhr</i>
TOP 6 Antrag 83-08-05: Stellenplan [NÖ]		Dieser TO war nicht öffentlich.
TOP 7 Sach- und Finanzanträge a) Antrag 83-08-01: Antrag Abwahl eines Mitglieds des Studierendenparlaments und des Verwaltungsrats SH [NÖ] c) Antrag 83-08-09: Antrag Unterstützung Schulstreik	a) Dieser TO war nicht öffentlich. c) Moritz W. bringt den Antrag ein. Greta L. fragt, was mit „in geeigneter Weise“ gemeint ist. Moritz W. sagt, dass mindestens eine Instagram Story angedacht sei und der AStA einen permanenten Post dazu machen könne. Lea L. sagt, dass die Stellungnahme vom StuPa gegen die Wehrpflicht noch nicht final veröffentlicht wurde und dies kombiniert werden könnte. Sie fragt, ob es eine einmalige Unterstützung sein soll oder dauerhaft. Moritz W. stellt einen Änderungsantrag, sodass dies permanent für alle Schulstreiks gegen die Wehrpflicht gelte. Oskar L. sagt, dass steigende Militärausgaben nicht mit den Bildungsausgaben begründet werden sollten. Moritz W. sagt, dass es begrenzte Ressourcen gibt und wenn viel in Militär/Rüstung gesteckt wird, es notwendigerweise anderswo knapper wird. Länder und Bundeshaushalt sind nicht komplett separat und die SH-Regierung habe auch ins Militär investiert. Philipp S. stellt einen GO-Antrag auf sofortige Abstimmung. (14/0/4) Abstimmung über den Antrag 83-08-09 Der Antrag ist angenommen.	

d) Antrag 83-08-10: Antrag Handlungskonzept gegen Rechts e) Antrag 03-08-11: Finanzantrag Fußballturnier	d) (17/0/1) e) (14/0/4) (14/0/4)	Der Antrag wird eingebracht. Nik P. sagt, dass die Gewalt zunimmt und bestätigt dies aus den Queerreferatszeiten. Philipp S. fragt nach dem Verfahren. Es soll an den Hochschulausschuss verwiesen werden, damit eine Stellungnahme erstellt werden kann. Philipp S. fragt, ob eine Handlungsempfehlung ausgesprochen werden soll. Greta L. sagt, dass bei Änderungen ein Antrag gestellt werden müsste. Lea L. sagt, dass an den Senat herangetreten werden könnte. Alexandra S. sagt, dass die Stellungnahme an die entsprechenden Stellen weitergeleitet werde und es im Senat eingebracht werde. Laura F. sagt, dass es zusammen mit der Wissenschaft eine statusübergreifende Antragsstellung geben könnte. Nik P. sagt, dass nicht damit nicht auf die Stellungnahme des Hochschulausschusses gewartet werden sollte. Abstimmung über den Antrag 83-08-10 Der Antrag ist angenommen Der Antrag wird eingebracht. Max H. sagt, dass es wieder wie letztes Jahr geplant wurde. Philipp S. sagt, dass das Preisgeld nicht okay sei. Greta L. fragt wie viele Personen es letztes Jahr waren und ob es auf 300 Personen erhöht werden sollte. Max H. sagt, dass das Preisgeld nicht vom StuPa ausgezahlt werden sollte und dass das Turnier letztes Jahr gut angenommen wurde. Leon N. sagt, dass beim Jura Sommerfest weniger Geld bei weniger Gästen ausgegeben wurde. Nik P. sagt, dass sich die Kosten durch Inflation erhöht haben könnten und schlägt vor auf 2000€ zu begrenzen. Fritz H. sagt, dass für die Verpflegung viel Geld gebraucht wird und stellt einen Änderungsantrag das Geld auf 2250€ zu beschränken. Abstimmung über den Änderungsantrag Der Änderungsantrag ist angenommen. Abstimmung über den Antrag 83-08-11 Der Antrag ist angenommen.
TOP 8 Änderungen von Satzungen und Ordnungen der Studierendenschaft a) Antrag 83-08-06: Änderung der Organisationssatzung der Studierendenschaft (Ehrenamtspauschale)	a) (8/4/4)	Leon N. bringt den Antrag ein. Laura F. fragt nach den Kosten im Jahr. Leon N. sagt, dass dies im Stellenplan festgeschrieben werden sollte und das StuPa dies entscheidet. Max H. sagt, dass es an sich unkritisch sei und eine konkrete Summe im Stellenplan festgesetzt werden würde. Eine Anhebung des Beitrages muss nicht unbedingt sein und die Fachschaftsfinanzen funktionieren momentan gut. Er spricht sich für 60€ aus, die Entscheidung liegt beim StuPa. Leon N. fragt, ob die für alle zusammen oder für die Personen einzeln gelten würde. Max H. sagt, dass alle zusammen 60€ bekommen würden. Leon N. sagt, dass die Anträge nicht gemischt werden sollte und das einige Fachschaften schon jetzt Geld an die Vorstände geben. Emily B. fragt, ob es einen Mangel an Zuwachs gebe. Philipp S. sagt, dass Ehrenamtspauschalen die einzige Möglichkeit seien, effektiv für Nachwuchs zu sorgen. V.a. kleine Fachschaften haben Probleme. Abstimmung über den Antrag 83-08-06 Der Antrag ist abgelehnt.

b) Antrag 83-08-07: Änderung der Finanzsatzung der Studierendenschaft	b)	Alexandra S. bringt den Antrag ein. Nik P. sagt, dass es sich nur um eine Konkretisierung handle. Philipp S. stellt einen Änderungsantrag, dass dies auch die FVK stellen darf. Dies wird übernommen. Oskar L. fragt, um welche Konkretisierungen es sich handle. Alexandra S. sagt, dass es einmalig vorläufig, und endgültig heiße. Lukas D. gibt den Hinweis, dass es für die Abstimmung eine 2/3 Mehrheit benötigt. Nik P. schlägt vor einen Umlaufbeschluss zu machen. Leon N. nimmt eine redaktionelle Änderung vor, dass „einmalig“ vor „Fachschaft“ kommt. Alexandra S. stellt einen GO-Antrag auf Vertagung auf die nächste Sitzung.
TOP 9 Verschiedenes		Alexandra S. schließt die Sitzung um 23:24 Uhr.

Anhang

Anwesend: /

Online: Kim Sebastian Tollgaard-Schmidt, Julia Marquardsen, Xaver Vitzthum, Alva Meise, Mika Wilhus

Abwesend: Jasmin Holletzek, Ole-Christopher Richter

(Gäste:) Greta Langschwager, Sunny Marko Lorenz, Alex Grille

Sitzungsleitung: Kim Sebastian Tollgaard-Schmidt

Protokollant*in: Kim Sebastian Tollgaard-Schmidt (Fließtext), Alva Meise (Tabelle)

Datum: 09.04.2026

Sitzungsbeginn: 17:39 Uhr

Sitzungsende: 18:23 Uhr

Ort: Online

+++ Kim Sebastian Tollgaard-Schmidt eröffnet die Sitzung um 17:39 Uhr +++

TOP 1: 83.07.01. Finanzantrag aCAUnion

Beschreibung: Die HSG aCAUnion beantragt 1499,40 € für die Tontechnik des Chorkonzertes am 09.05.2026. Das Konzert wird im Audimax stattfinden und auch politisch relevante Inhalte haben. Der Eintritt soll kostenlos bleiben. Dadurch, dass das Konzert im Audimax stattfindet, ist die Verwendung von Tontechnik von großer Bedeutung. Die Kosten der setzen sich aus 1190 € Mietmaterial, 70 € Transport und 239,40 € Mehrwertsteuer zusammen.

(5 a I 0 Nein I 0 Enthaltungen)

Bewilligter Betrag: 1499,40 €

Begründung und Anmerkung: Die Kosten wurden sehr gut aufgeschlüsselt und der Antrag ist nach § 19 I Nr. 4, 2 ZuRRl förderungswürdig.

Sunny Marko Lorenz verlässt die Sitzung um 17:52 Uhr.

TOP 2: 83.07.02. Finanzantrag Zivile Seenotrettung

Beschreibung: Die HSG Zivile Seenotrettung richtet eine Soliparty aus, um Spenden für die Antisocialcard-AG des Stadtteilladens „Anni Wadle“ in Gaarden zu sammeln. Sie beantragen die Bezuschussung von 598 €, um die Personalkosten in der Kieler Schaubude für die Veranstaltung bezahlen zu können. Das Datum der Antragsstellung und der Veranstaltung sind identisch. Es ist zur Zeit noch fraglich, ob der Antrag vor Beginn der Veranstaltung gestellt wurde.

Kim beantragt die Vertagung des Antrags:

(5 Ja I 0 Nein I 0 Enthaltung)

Bewilligter Betrag: /

Begründung und Anmerkung: Für den studentischen Bezug muss noch geklärt werden, inwiefern Werbung an der CAU dafür gemacht wurde, da der Antrag ansonsten nicht förderungswürdig ist.

TOP 3: 83.07.03. – 83.07.05. Finanzantrag & RKA HSG Tierrechte

Beschreibung der Anträge 83.07.03. – 83.07.05.: Die HSG für Tierrechte will am 07.05.26 einen Vortrag zu einem Konzept für Bio-vegane Solidarische Landwirtschaft veranstalten. Hierzu beantragen (83.07.03.) sie die Bezuschussung von zwei Referent*innen (Möllers Morgen und Ärzte gegen Tierversuche) i.H.v. 400 € und 79 €, Plakate für die Bewerbung der Vorträge i.H.v. 150 € und Repräsentationskosten in Form von Obst und Keksen i.H.v. 20 €. Insgesamt ergeben sich daraus zu bezuschussende Kosten i.H.v. 649 €. Zusätzlich wird die Erstattung von Fahrtkosten für Zugtickets i.H.v. 171,45 € (83.07.04.) und für eine Fahrt mit Privatwagen i.H.v. 12 € (83.07.05.) beantragt.

Es wird im Block abgestimmt:

(5 Ja I 0 Nein I 0 Enthaltung)

Bewilligter Betrag Antrag 83.07.03.: 449 €

Bewilligter Betrag Antrag 83.07.04.: 90 €

Bewilligter Betrag Antrag 83.07.05.: 12 €

Begründung und Anmerkung: Das Honorar von Möllers Morgen wurde gem. § 18 III ZuRRl auf 200 € gekürzt und die Reisekosten wurden gem. § 10 II ZuRRl auf das aktuell verfügbare Supersparpreis-Ticket gekürzt (jeweils 45 €).

TOP 4: 83.07.06. Finanzantrag Geophysikalisches Aktionsprogramm

Beschreibung: Der Verein Geophysikalisches Aktionsprogramm (GAP) organisiert die Bundesfachschaftentagung für Geophysikstudierende, das GAP. Dieses Jahr wird das GAP von Studierenden aus Kiel in Kiel organisiert und soll vom 14. Bis 17. Mai stattfinden. Es

wird geplant, dass ca. 100 Studierende anwesend sein werden, darunter etwa 20 aus Kiel. Anmeldegebühren werden erhoben und diverse Spenden i.H.v. 6110 € wurden schon gesammelt. Die Gesamtkosten betragen 8482 €. Die GAP beantragt die Bezuschussung der Veranstaltung i.H.v. 3000 €.

(0 Ja I 4 Nein I 1 Enthaltung)

Bewilligter Betrag: /

Begründung und Anmerkung: Durch die Finanzierung fallen beim Verein nur noch Kosten i.H.v. 2372 € an und dieser Betrag scheint sich bereits durch die Anmeldegebühr zu finanzieren. Deshalb wird dem Haushaltsausschuss nicht mehr ersichtlich, was man bezuschussen müsste, wenn sich alle Kosten schon decken.

TOP 5: 83.07.07. Finanzantrag Studis gegen Rechts

Beschreibung: Die HSG Studis gegen Rechts beantragt die Bezuschussung i.H.v. 1570 € zu einer Info- und Tanzveranstaltung namens „Rave ,n Resist“, die am 13.06. 2026 im Fahrrad-Kino-Kombinat (FKK) stattfinden soll. Mit der Veranstaltung möchte die HSG Studierenden ein kulturelles Angebot bieten und über den bevorstehenden AfD Parteitag diesen Sommer in Erfurt und damit zusammenhängende Aktionen informieren. Damit geschultes Security Personal von Beyond Security Collective vor Ort die Sicherheit der Veranstaltung gewährleisten kann, der Verein, der die Location betreibt, ein vielfältiges DJ-Line-Up, sowie Aufklärungs- und Werbematerial für die Veranstaltung bezahlt werden können und die Veranstaltung stattfinden kann, benötigen die Kieler Studis gegen Rechts finanzielle Unterstützung.

(5 Ja I 0 Nein I 0 Enthaltung)

Bewilligter Betrag: 1570 €

Begründung und Anmerkung: Die Veranstaltung ist nach § 19 I Nr. 2 ZuRRl förderungswürdig.

TOP 6: 83.07.08. – 83.07.10. RKA KIF

Beschreibung Antrag 83.07.08.: Alex Grille will auf die BuFaTa Informatik (KIF) in Aachen vom 21.05. – 25.05. Er fährt am 21.05. um 7:33 Uhr aus Hoyerswerda und kommt am 25.05. in Kiel an. Das Zugticket kostet 68,98 €, es kommen Zuschläge von 11 € hinzu und die Tagungsgebühr beträgt für 5 Tage insgesamt 50 €. Hieraus ergeben sich zu erstattende Reiskosten i.H.v. 129,98 €.

Beschreibung Antrag 83.07.09.: Jannek van Diepen will auf die BuFaTa Informatik (KIF) in Aachen vom 21.05. – 25.05. Er fährt am 21.05. um 10:37 Uhr aus Kiel und kommt am 25.05. um 18:21 Uhr wieder in Kiel an. Das Zugticket kostet 95,98 €, es kommen Zuschläge von 11 € hinzu und die Tagungsgebühr beträgt für 5 Tage insgesamt 50 €. Hieraus ergeben sich zu erstattende Reiskosten i.H.v. 156,98 €.

Beschreibung Antrag 83.07.09.: Lakshay Panwar will auf die BuFaTa Informatik (KIF) in Aachen vom 21.05. – 25.05. Er fährt am 21.05. um 10:37 Uhr aus Kiel und kommt am 25.05. um 18:21 Uhr wieder in Kiel an. Das Zugticket kostet 95,98 €, es kommen Zuschläge von 11 € hinzu und die Tagungsgebühr beträgt für 5 Tage insgesamt 50 €. Hieraus ergeben sich zu erstattende Reiskosten i.H.v. 156,98 €.

(5 Ja I 0 Nein I 0 Enthaltung)

Bewilligter Betrag Antrag 83.07.08.: 129,98 €

Bewilligter Betrag Antrag 83.07.09.: 156,98 €

Bewilligter Betrag Antrag 83.07.10.: 156,98 €

Begründung und Anmerkung: Die Anträge weisen keine Mängel auf und sind nach § 9 ZuRRl erstattungsfähig.

TOP 7: 83.07.11. Finanzantrag RLC

Beschreibung: Die HSG Refugee Law Clinic beantragt die Bezuschussung der Honorarkosten für eine zweitägige Fortbildungsveranstaltung zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Als Referent*innen kommen Dr. Julia Trinth, Falko Behrens, Joschka Peters-Wunnenberg, Benjamin Göbelbauer und Sheela Charen. Für die Durchführung der jeweiligen Workshops bzw. Vorträge werden Honorare von 200 € pro Person berechnet. Insgesamt ergibt sich somit eine beantragte Bezuschussung von insg. 1000 €

(5 Ja I 0 Nein I 0 Enthaltung)

Bewilligter Betrag: 1000 €

Begründung und Anmerkung: Die Beschränkung der Honorarkosten wurde eingehalten und der Antrag ist nach § 19 I Nr. 2 ZuRRl förderungswürdig.

TOP 8: Verschiedenes

Kim spricht die aktuelle Inaktivität von Jasmin Holletzek an und schildert, welche Maßnahmen er bereits ergriffen hat und welche Maßnahmen in Zukunft wahrscheinlich ergriffen werden müssen.

Alex Grille betritt die Sitzung um 18:13 Uhr. Ihm wird das Ergebnis seiner Abstimmung mitgeteilt. Alex Grille verlässt die Sitzung wieder um 18:17 Uhr.

Kim beantragt die Unterstützung der Abwahl von Jasmin Holletzek als Mitglied des Haushaltsausschusses:

(4 Ja I 0 Nein I 1 Enthaltung)

+++ Kim Sebastian Tollgaard-Schmidt schließt die Sitzung um 18:23 Uhr. +++

Änderung im Finanzplan vom Campusfestival

Antragsteller*innen:

Amelie Pieper, Martina Kölbl, Hannes Saure

Antragstext:

Das Studierendenparlament möge beschließen, dass das Campusfestival weiter 3000 € genehmigt bekommt.

Antragsbegründung:

Auf Grund von weniger Geld in den Fördertöpfen der Stadt werden aus gedachten 5000 € Förderung, aus zwei Förderungen, 2000 € Förderung aus einer Förderung. Als Absicherung möchten wir darum die 3000 € beantragen.

Die 3000 € sollen wie folgt aufgeteilt werden:

1.500 € für Booking

1.000 € für Workshopangebote

500 € für Print Werbung

Richtet eure Fragen vor ab gerne an campusfestival@asta.uni-kiel.de oder an den Vorstand, die Beantwortung weiterer Fragen erfolgt mündlich auf der Sitzung.

Ausgaben	#REF!
Einnahmen	#REF!
Gesamtumsatz	#REF!
Bilanz	#REF!

Kategorie	Beschluss StuPa	Aktuell	Differenz (übrig nach StuPa)
#REF!	Err:504	Err:504	Err:504
#REF!	Err:504	Err:504	Err:504
#REF!	Err:504	Err:504	Err:504
#REF!	Err:504	Err:504	Err:504
#REF!	Err:504	Err:504	Err:504
#REF!	Err:504	Err:504	Err:504
#REF!	Err:504	Err:504	Err:504
#REF!	Err:504	Err:504	Err:504
#REF!	Err:504	Err:504	Err:504
#REF!			
#REF!			
#REF!			
#REF!			

[illegible]

Kostenstelle	Abkürzung Kostenstelle	Kategorie	Antrag April 26
Keine passende Kostenstelle	000-FEHLT	Veranstaltungskosten	- €
Booking	001-Booking	Veranstaltungskosten	- 18,500.00 €
Künstler Sozialkasse	002-KünstSK	Veranstaltungskosten	- 550.00 €
Versicherungsgebühren	003-Versich	Veranstaltungskosten	- 300.00 €
GEMA	004-GEMA	Veranstaltungskosten	- 600.00 €
Bühne 1	005-Bühne1	Veranstaltungskosten	- 14,000.00 €
Bühne 2	006-Bühne2	Veranstaltungskosten	- 5,000.00 €
Logistikkosten	007-Logisitk	Veranstaltungskosten	- 550.00 €
Projektmanagementtool	008-OpenProj	Veranstaltungskosten	- €
T-Shirts & Pullis Team & Crew	009-TShirts	Veranstaltungskosten	- 3,000.00 €
Catering Team	010-Catering	Veranstaltungskosten	- 3,000.00 €
Absperrungen (BZ, Mannheimer)	011-Absperrungen	Veranstaltungskosten	- 660.00 €
IBC-Tanks, Ballast	012-Ballast	Veranstaltungskosten	- 650.00 €
Workshopangebote	013-Workshops	Veranstaltungskosten	- 2,800.00 €
Vergütung Captains	101-Captain	Personalkosten	4,000.00 €
Security	102-Security	Personalkosten	- 5,000.00 €
Sanitätsdienst	103-Sanis	Personalkosten	- 1,500.00 €
Awarenessteam	104-Awaren	Personalkosten	- 1,000.00 €
EK Essen	201-EKFood	Repr- & Bewirtung	- €
EK Getränke	202-EKDrink	Repr- & Bewirtung	- 8,000.00 €
Öffentlichkeitsarbeit	301-Werbung	Druck- und Werbung	- €
Printwerbung	302-WerbungPrint	Druck- und Werbung	- 3,000.00 €
Digitale Werbung	303-WerbungDigital	Druck- und Werbung	- 2,000.00 €
Sonst. Gebühren	401-Gebühren	Sonstiges	- 300.00 €
Verbrauchsmaterial	402-Verbrauch	Sonstiges	- 3,000.00 €
Dekoration / Ausstattung	403-Deko	Sonstiges	- 1,250.00 €
Pavillions	404-Pavillon	Sonstiges	- 40.00 €
Toilettennutzung inkl. Reinigung	405-WCStuWe	Sonstiges	- 3,020.00 €
Sponsoring	901-Sponsor	Einnahmen	2,400.00 €
Förderung 1	902-Förder1	Einnahmen	2,000.00 €
Förderung 2	903-Förder2	Einnahmen	- €
VK Getränke	904-VKDrink	Einnahmen	15,000.00 €
VK Essen	905-VKFood	Einnahmen	-
Standgebühren / Umsatzbeteiligung	908-Standgebü	Einnahmen	1,500.00 €
			- €
			- €
			- €
			- €

			- €
Summe			- 52,820.00 €

Stand
November

Umfang aktuelle
Kalkulation

- €	- €
- 17,000.00 €	- 15,520.00 €
- 550.00 €	- €
- 300.00 €	- 298.45 €
- 600.00 €	- €
- 14,000.00 €	- 12,881.57 €
- 5,000.00 €	- 2,093.77 €
- 550.00 €	- €
- €	- €
- 3,000.00 €	- 86.78 €
- 3,000.00 €	- 828.00 €
- 660.00 €	- €
- 650.00 €	- €
- 1,800.00 €	- 1,521.24 €
4,000.00 €	- €
- 5,000.00 €	- €
- 1,500.00 €	- 1,357.00 €
- 1,000.00 €	- €
- €	- €
- 8,000.00 €	- 190.00 €
- €	- €
- 2,500.00 €	- 102.18 €
- 2,000.00 €	- 46.88 €
- 300.00 €	- €
- 3,000.00 €	- 175.92 €
- 1,250.00 €	- 74.84 €
- 40.00 €	- €
- 3,020.00 €	- 2,531.50 €
2,400.00 €	1,000.00 €
2,500.00 €	2,000.00 €
2,500.00 €	- €
15,000.00 €	- €
	- €
1,500.00 €	- €

- 46,820.00 €	- 34,708.13 €

8. Sitzung des 83. Studierendenparlaments Umlaufbeschluss „Antrag Exzellenz“

JA	NEIN	ENTHALTUNG
Max Härtel (CG)		Lukas Drescher (FaLi)
Alva Meise (CG)		Daniel Kaufmann (FaLi)
Moritz Willrodt (IJV)		
Amelie Ohff (Juso)		
Alexandra Schröder (CG)		
Lena Dumman (PeLi)		
Franziska von Blittersdorff (Volt)		
Laura Falk (CG)		
Ferdinand Steiner (PeLi)		

9/0/2/11

8. Sitzung des 83. Studierendenparlaments Umlaufbeschluss „Antrag Umlaufbeschluss“

JA	NEIN	ENTHALTUNG
Katrin Meyer (CG)		
Amelie Ohff (Juso)		
Lukas Drescher (FaLi)		
Ferdinand Steiner (PeLi)		
Laura Falk (CG)		
Mia Hennig (CG)		
Alva Meise (CG)		
Lena Dumman (PeLi)		
Moritz Willrodt (IJV)		
Lisa Gelfman (Juso)		
Max Härtel (CG)		
Daniel Kaufmann (FaLi)		
Emily Böhme (IJV)		
Lina Klees (Juso)		
Alexandra Schröder (CG)		
Franziska von Blittersdorff (Volt)		

8. Sitzung des 83. Studierendenparlaments Umlaufbeschluss „Antrag Vollversammlung“

JA	NEIN	ENTHALTUNG
Katrin Meyer (CG)	Lisa Gelfman (Juso)	Daniel Kaufmann (FaLi)
Amelie Ohff (Juso)	Lina Klees (Juso)	
Lukas Drescher (FaLi)		
Ferdinand Steiner (PeLi)		
Laura Falk (CG)		
Mia Hennig (CG)		
Alva Meise (CG)		
Lena Dumman (PeLi)		
Moritz Willrodt (IJV)		
Max Härtel (CG)		
Emily Böhme (IJV)		
Alexandra Schröder (CG)		
Franziska von Blittersdorff (Volt)		

13/2/1/16

Protokoll der konstituierenden Sitzung des Wahlrechtsreformausschusses des 83. Studierendenparlamentes der CAU vom 21.01.2026

Anwesende:

- Wahlrechtsreformausschusses: Konstantin Braas, Oskar Lachnit, Daniel Mäckelmann
- Abwesend: -
- Gäste: Alexandra Schröder

TOP 1: Begrüßung und Wahl eines*r Protokollanten*in

Alexandra begrüßt die Anwesenden. Daniel meldet sich freiwillig für die Protokollführung.

TOP 2: Formalia

TOP 2a: Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

Alexandra stellt fest, dass sie den Wahlrechtsreformausschuss am 14.01.2026 um 00:51 eingeladen hat. Die Ladungsfrist von 7 Tagen ist somit eingehalten. Die Sitzung ist ordnungsgemäß geladen.

TOP 2b: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Alexandra stellt fest, dass der Rechtsausschuss mit 3 von 3 anwesenden Mitgliedern beschlussfähig ist

TOP 2c: Beschluss der Tagesordnung

Alexandra stellt die Tagesordnung vor. Es gibt keine Anmerkungen. Einstimmig genehmigt

TOP 3: Wahl eines*r Vorsitzenden

Daniel schlägt sich selbst vor. Daniel stellt sich vor. Es gibt keine Nachfragen. Es gibt keine weiteren Kandidaturen.

Es wird gewählt:

Wahlergebnis: Daniel 2/ Nein 0/ Enthaltung 1

Daniel nimmt die Wahl an und übernimmt die Sitzungsleitung

TOP 4: StuPa-Antrag Wahlzeiträume

Der Antrag wurde aus dem StuPa überwiesen, lag aber der Sitzungseinladung nicht bei.

Der Antrag wird in seinen Grundzügen diskutiert, und danach vertagt.

TOP 5: Verschiedenes

Daniel stellt Punkte vor, die ihm als Wahlleiter vergangenes Jahr aufgefallen sind, und die man an der Wahlordnung ändern könnte. Diese sind: - Unklarheiten bezüglich der relevanten Fachschaftsgröße im Sinne des § 11 (2) der Wahlordnung, - Die mit ca. 7 Stunden recht knappe Frist vom Ende der Listeneinreichung bis zur Veröffentlichung der vorläufigen Gesamtliste - Fehlende Regelungen zur Unrichtigkeit des Wähler*innenverzeichnisses (wurde bereits geändert) - Eine mögliche Verlängerung der Frist zur Erklärung des Fachschaftswechsels (§ 2 (2) Wahlordnung) bis zum Abschluss des Wähler*innenverzeichnisses

Es werden auch Ideen diskutiert, wie man mehr Menschen für die Wahlgänge gewinnen kann. - Eventuell Fachschaftsmenschen, die nicht fürs StuPa kandidieren, die Möglichkeit geben, trotz Tätigkeit in den Wahlorganen weiterhin für Fachschaft zu kandidieren. - Hier könnte ein automatisches Ausscheiden von der Fachschaftsliste für den Fall konkurrierender Listen geregelt werden. - Alternativ könnte man Stellvertreter*innen bestimmen, die Abstimmung über die jeweiligen Fachschaften abtrennen und die Befangenheitsregeln aus den §§ 81, 81a LVwG anwenden.

Die Änderungen wären jedoch ohnehin frühestens für die Wahl in 2027 anzuwenden.

Es wird ein nächster Sitzungstermin nach dem Prüfungszeitraum angeregt. Daniel erstellt eine Terminumfrage.

Daniel schließt die Sitzung und dankt den Anwesenden für ihre Anwesenheit.

Formalia

- Sitzungsleitung: Alexandra
- Protokoll: Daniel
- Ort: LMS8 R.EG.016
- Beginn: 19:00 Uhr
- Ende: 19:34 Uhr

Zweite Sitzung des Wahlrechtsreformausschuss vom 25.02.2026

-vorläufiges Protokoll-

Anwesende: Daniel Mäckelmann, Oskar Lachnit, Konstantin Braas (Protokoll)

TOP1

- a) Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden

17:03 eröffnet Daniel die Sitzung

- b) Bestimmung eines*einer Protokollant*in

Konstantin meldet sich freiwillig

- c) Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Es wurde ordnungs- und fristgerecht eingeladen.

- d) Beschluss der Tagesordnung

Einstimmig angenommen ohne Änderung

TOP2 Genehmigung des Protokolls der konstituierenden Sitzung des Wahlrechtsreformausschusses

Einstimmig angenommen

TOP3 Behandlung überwiesener Anträge

- a) Antrag 83-04-03: Antrag auf Verschiebung des Wahlzeitraums [1]

Daniel führt aus, dass er sich unsicher ist, inwiefern der Antrag sinnvoll ist bzw. ob ein Wahlausschuss mit geänderten Zeiträumen handlungsfähig wäre.

Oskar und Konstantin merken an, dass eine Verschiebung für den Wahlkampf angenehm wären, aber die Listenaufstellung erschweren würden.

Oskar macht den Vorschlag, dem StuPa aufzuzeigen, inwiefern sich die anderen Fristen verschieben würden bzw. welche Handlungsoptionen überhaupt bestehen. Eine Änderung des Zeitraums erscheint nur möglich, wenn auch die restlichen Gremienwahlen von der univ. Wahlleitung verschoben werden würden.

Vorgeschlagen wird folgende Formulierung als Stellungnahme an das Studierendenparlament:

„Der Wahlrechtsreformausschuss möchte bezüglich einer Verschiebung des Wahlzeitraums anmerken, dass dies dazu führen würde, dass die Arbeit im Wahlausschuss unattraktiv werden würde. Dies würde wiederkehrende Probleme verschärfen, engagierte Mitglieder für den Ausschuss werben zu können. In dem Szenario einer Verschiebung um zwei Monate müsste dieser im Prüfungszeiträumen die Listen zulassen. Bei nur einem Monat müsste er in der vorlesungsfreien Zeit tätig sein. Ebenso bedeutet dies, dass ein erheblicher Teil der Wahlvorbereitung der Listen in dieser Zeit passieren müsste, hier sind analoge unangenehme Verschiebungen zu erwarten.“

Eine Verschiebung, die sich neutral zum „universitären Terminkalender“ verhielte, wäre eine Verschiebung um 6 Monate, also ein Wahlzeitraum im Dezember. Damit würde durch die unterrichtsfreie Zeit zum Jahreswechsel Abstand zu den Prüfungszeiträumen gewonnen werden. Gleichzeitig müssten natürlich saisonale Gegebenheiten der Winterzeit beachtet werden.

Wenn sich das Studierendenparlament eine Änderung des Wahlzeitraum wünscht hat es aus Sicht des Wahlrechtsreformausschuss nur die Möglichkeit, dies in Absprache mit dem Präsidium bzw. der Gremienwahlleitung umzusetzen. Dies könnte dann ohne Änderungen von Satzungen möglich sein. “

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

TOP4 Diskussion weiterer Änderungen der Wahlordnung (Satzung) der Studierendenschaft.

Daniel möchte zwei Fristen anpassen:

- Die Frist zur Erstellung der vorläufigen Gesamtliste (§12(1)): Die Aufstellung der voraussichtlich zugelassenen Wahlvorschläge soll verkürzt werden. Die Möglichkeit wird meist nicht beansprucht, ist aber eine zeitkritische Pflichtaufgabe des Wahlausschusses. Die Einsicht soll um zwei Tage verkürzt werden bzw. später starten.
- Die Frist zur Festlegung, in welchem Fach eine Person wahlberechtigt ist (Wahlordnung §2. (2)): Der jetzige Zeitpunkt ist Anfang April, Daniel möchte dies nach hinten ziehen ungefähr auf den Zeitpunkt, an dem das Wahlberechtigtenverzeichnis abzuschließen ist (30. Tage vor dem Stichtag, Ende Mai). Um die Arbeit für den Wahlausschuss möglich zu machen, wird sich auf eine Festlegung „bis zum 43. Tag vor dem Stichtag geeinigt“.

Weitere Änderungsbedarfe können die anwesenden Mitglieder ad-hoc nicht feststellen.

TOP5 Verschiedenes

Oskar merkt an, dass im StuPa eine Generaldebatte zum Wahlrecht vorteilhaft wäre, um Änderungsbedarfe feststellen zu können, da so der Ausschuss eigentlich keine Arbeitsgrundlage hat.

Die nächste Sitzung wird bei Bedarf nach dem nächsten StuPa einberufen.

Schluss der Sitzung um 17:52 Uhr.

Bericht des AStA

- Studi-Info-Tage: AStA war an allen drei Tagen mit einem Stand vertreten, ich durfte an zwei Tagen bei der Begrüßung mitwirken
- Exzellenz: Vorbereitungstreffen für die Studi-Gruppe und Gruppe der Representatives, erste Generalprobe, Stellungnahme des StuPas zur Exzellenz soll auch noch weiter veröffentlicht werden, zweitägige Klausurtagung in Schleswig zur intensiven Vorbereitung
- Vollversammlung: wurde offiziell für den 06.05. von 12 bis 16 Uhr einberufen (findet parallel zur Exzellenz-Begehung statt), aktive Bewerbung geht nächste Woche los, nächstes Bündnistreffen am 22.04. um 18 Uhr in LMS8
- Außerordentliches StuPa: 2. Wahl für Mitglieder für die Wahlgremien der Studierendenschaft/ 3. Informationsweitergabe an den AStA beschlossen, Protokolle zu den entsprechenden Sitzungen werden zur nächsten AStA-Sitzung freigegeben + 2 Umlaufbeschlüsse
- AStA-Sitzungen: 4 AStA-Sitzungen haben stattgefunden
- FVK: Unterstützung der Vollversammlung wurde beschlossen
- HSG-Novelle: Ministerium hat Referentenentwurf zugeschickt mit Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum 26.05. -> Stellungnahme wird auf LAK Ebene erfolgen
- LAK-Sitzung: AStA der EUF plant eine Protestaktion zu Unterfinanzierung in Form einer symbolischen Beerdigung der Hochschule
- Senat (Themen: Wiederbesetzungssperre, Lesung Neufassung der GO des Senats, Bericht der Findungskommission, Vorstellung der Nachhaltigkeit- und Umweltleitlinien)
- Austausch mit Katharina Coordes (Referentin für Studium & Lehre): Nachteilsausgleich, Wiederbesetzungssperre, Beurlaubungsverfahren
- Sonstiges: viele finanzielle Unterstützungsanträge, Eingruppierung von Stellen im AStA, Campusfestival rückt näher, Check-In Gespräche

Quartalsberichte Q3 2025/2025

Inhaltsverzeichnis

ANTIRASSISMUS.....	2
DATENSCHUTZ	2
FACHSCHAFTEN	3
FAMILIE & CAMPUS	5
INFRASTRUKTUR.....	5
INKLUSION	5
INTERNATIONALE STUDIERENDE.....	6
KULTUR	6
LEHRAMT.....	6
NACHHALTIGKEIT	6
PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT	7
POLITISCHE BILDUNG.....	7
QUEERFEMINISMUS	7
SOZIALPOLITIK	7
STUDENTISCHE BESCHÄFTIGTE.....	8
STUDENTISCHE EHRENAMTLICHE	8
STUDIENANGELEGENHEITEN.....	9

Antirassismus

Folgt.

Datenschutz

Quartal 3
01.01.-31.03.2026

Datenschutz

Beauftragung: Daniel Mäckelmann

	Gremienarbeit
Gremium/Tätigkeit	Beschreibung
ASTA	Es wurde ein Sitzungsprotokoll geschrieben.
Fachschaften	Eine Fachschaft wurde beraten, wie statt einer GMail-Kontaktmail eine Mail im RZ beantragt werden kann.
Fachschaften	Eine Fachschaft wurde hinsichtlich der Formulierung einer Datenschutzerklärung unterstützt.
FVK	Die FVK-Koordination wurde hinsichtlich der FVK-Webseite beraten.
StuPa	Im StuPa kam es zu einem Datenschutzverstoß. Das StuPa-Präsidium wurde bei der Meldung an die Aufsichtsbehörde unterstützt, sowie Unterstützung im anschließenden Anhörungsverfahren durch die Aufsichtsbehörde angeboten.
ASTA	Der Vorstand wurde auf einen möglichen Datenschutzverstoß hingewiesen.
ASTA	Bei einer Veranstaltung eines Referats wurden nach Einschätzung des Datenschutzbeauftragten zu viele personenbezogene Daten erfragt. Das Referat wurde hierauf hingewiesen und hat eine Erläuterung für die Notwendigkeit dieser Daten geliefert.
Beratung betroffener Personen	Im Berichtszeitraum haben Personen, die von Datenverarbeitung durch die verfasste Studierendenschaft betroffen waren, den Datenschutzbeauftragten bei Fragen hierzu zu Rate gezogen.
ASTA	Die Aktualisierung bzw. Erstellung eines Verzeichnisses der Verarbeitungstätigkeiten wurde vorbereitet.
ASTA	Austausch mit der ASTA-IT über die bestehenden Verarbeitungstätigkeiten, eingesetzte Software und Authentifizierungsmethoden.

Projekt	Veranstaltungskosten	Druckkosten	Bewirtungs-/Repräsentationskosten	Sonstige Ausgaben	Einnahmen
Summe	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €

Fachschaften

Quartal 3
01.01.-31.03.2026

Fachschaftsreferat

Referent*in: Philipp Schmidt
Referent*in: Amélie Mink
Beauftragung: Dogan Defli

Gremienarbeit	
Gremium/Tätigkeit	Beschreibung
FVK	In dem Zeitraum hat eine ordentliche und eine außerordentliche FVK-Sitzung stattgefunden. Bei diesem war das Referat als berichtendes und koordinierendes Organ anwesend.
Studieninformationstage	Vom 10. bis 12.3. wurde in Zusammenarbeit mit der FVK-Koordination eine weiche Gegenveranstaltung zu den Studieninformationstagen durchgeführt. Dafür konnten wir das große Messezelt auf dem Audimax-Vorplatz (in Absprache mit der ZSB) besetzen. Für Druckkosten wurden auch Gelder vom StuPa bewilligt. Während der Messezeiten war das Referat anwesend, baute Infostände auf, betreute diese, und übernahm zusammen mit der FVK-Koordination die Verteilung der Stände für Fachschaften und Hochschulgruppen.
AStA-Sitzung	Die Sitzungen des AStA sind ein wichtiges Medium, um sich innerhalb des Ausschusses auszusprechen, Meinungen auszutauschen und zu finden. Diese finden während der Vorlesungszeit wöchentlich und während der vorlesungsfreien Zeit alle zwei Wochen statt. Das Referat war bei jeder Sitzung anwesend.
Austausch im Referat / Einarbeitung Beauftragung	Kommunikation im Referat ist wichtig und so haben wir uns wieder kontinuierlich miteinander ausgetauscht, was aktuell im Referat ansteht, welche Aufgaben, Themen und Termine vor uns liegen, sowie auch persönliche Belange ausgetauscht. So haben wir für eine harmonische Zusammenarbeit innerhalb des Referats gesorgt. Zum März hat das Referat eine neue Beauftragung bekommen. Diese wurde eingearbeitet.
Bescheinigungen	Es haben sich auch in diesem Quartal wieder viele Mitglieder aus Fachschaften an uns gewandt, um ihre ehrenamtliche Arbeit bescheinigt zu bekommen. So wurden Bescheinigungen für etwa 32 Menschen ausgestellt.
Fachschaftenguide	Der Fachschaftenguide wurde weiter geplant. Eine Umsetzung ist aufgrund technischer Maßnahmen nur eingeschränkt möglich.
Erste-Hilfe-Kurs	Der Erste-Hilfe-Kurs für Fachschaftler *innen fand am 25.01. mit 12 Teilnehmenden statt. Die Kosten wurden vom Präsidium getragen.
Workshop-Planung	Aufgrund von Planungsschwierigkeiten kann der Mental-Health-First-Aid-Workshop erst im Sommersemester stattfinden. Die TK hat bereits wieder ihre finanzielle Unterstützung zugesagt und wir sind wegen möglicher Kooperationen im Gespräch. Um den MHFA-Workshop zu institutionalisieren und systematischer durchzuführen wird ein Awareness-Konzept gefordert , in welchem der aktuelle (und sehr gute) status quo verschriftlicht wurde. Außerdem wurde ein Awareness-Workshop geplant, welcher im Sommersemester stattfinden soll.
Fachschaft SoPo / MigDi	Die Fachschaften Soziologie / Politikwissenschaft und Migration & Diversität wurden vom Referat beraten und mit Beschluss in der 7. ordentlichen StuPa-Sitzung vom 23. Februar zusammengelegt.
Entwurf eines Vorschlags zur Änderung der	Zusammen im Referat und in Absprache mit dem Datenschutzbeauftragten, dem Vorstand und der FVK-Koordination haben wir einen ersten Entwurf eines Vorschlages zur Änderung der Organisationssatzung entwickelt. Eine erste Diskussion über den

Quartal 3
01.01.-31.03.2026

Fachschaftsreferat

Referent*in: Philipp Schmidt
Referent*in: Amélie Mink
Beauftragung: Dogan Defli

Organisationssatzung	Vorschlag mit kleinen Fachschaften im Zuge einer Sonder-FVK fand am 04.02. statt und wurde vom Referat moderiert.
----------------------	---



Projekt	Veranstaltungskosten	Druckkosten	Bewirtungs-/Repräsentationskosten	Sonstige Ausgaben	Einnahmen
SIT ¹	0 €	387,32 €	0 €	0€	0 €
Summe	0 €	0 €	0 €	0€	0 €

¹= Die SITs haben vom 10.-12.3. stattgefunden und sind noch nicht final abgerechnet. Die hier angegebene Summe sind die vom StuPa maximal bewilligten Druckkosten.

Quartal 3
01.01.-31.03.2026

Referat Familie und Campus

Referent*in: Sunny Marko Lorenz
Beauftragung: /

	Gremienarbeit
Erste-Hilfe-Kurs für Kinder und Säuglingsnotfälle	Aufgrund zu ausbleibender Anmeldungen musste die Veranstaltung leider abgesagt werden. Hierzu wurde ausführlich reflektiert, weswegen diese Veranstaltung abgesagt werden musste. Für <u>ein:e Nachfolger:in</u> im Referat wurde eine Dokumentation begonnen, sodass <u>diese:r</u> zu einem erfolgreichen Kurs kommen kann.
AStA-Sitzungen	Regelmäßige Teilnahme an den AStA-Sitzungen
Arbeit im Awarenesssteam	Die Ereignisse aus dem vergangenen Quartal wurden weiter aufgearbeitet. Hierzu fanden Gespräche mit den verschiedensten Beteiligten statt. Ferner wurde auch an StuPa-Sitzungen teilgenommen

Projekt	Veranstaltungskosten	Druckkosten	Bewirtungs-/Repräsentationskosten	Sonstige Ausgaben	Einnahmen
Erste-Hilfe-Kurs für Kinder und Säuglingsnotfälle	330€ Stornokosten				
Summe	330€	0	0	0	0

Infrastruktur

Folgt.

Inklusion

Quartal 3
01.01.-31.03.2026

Referat für Inklusion

Referent*in: Maximilian Osthoer
Beauftragung: Jule Schwenn

	Gremienarbeit
Gremium/Tätigkeit	Beschreibung
Lesekreis mit Bianca Frohne	Neukonzeptionierung und Finalisierung des Lesekreises „Hochschule inklusiv: Universität und Behinderung neu denken“
Kooperation R. f. Sozialpolitik	Terminliche Einbettung des Workshops/Vortrags mit Sabrina Lorenz in die Mental Health Week
ZSL Nord e.V.	Einladung und Planung einer Podiumsdiskussion zum „Europäischen Protesttags zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen“ am 5. Mai 2026 mit der ZSL Nord (Zentrum für selbstbestimmtes Leben)
Lea Raak/Stabsstelle	Finaler Release des Inklusionsportals als Integration in die Website der CAU. Eine Subsumierung aller relevanter Informationen für Menschen mit Behinderungen innerhalb der CAU.
Kooperation <u>Sorda</u>	Erste Gespräche mit „SORDA - DER KLANG DER WELT“ für eine einmalige Filmvorführung

Projekt	Veranstaltungskosten	Druckkosten	Bewirtungs-/Repräsentationskosten	Sonstige Ausgaben	Einnahmen
Summe					

Quartal 3
01.01.-31.03.2026

Referat Internationale Studierende

Referent*in: Danylo Momot
Beauftragung: -

Gremium/Tätigkeit	Gremienarbeit Beschreibung
Webinar „Studying in Kiel“ (O-Tage)	26.03., per Zoom und mit International Center, Studentenwerk SH, kulturgrenzenlos e. V.
Check-in-Gespräch und Exitinterview mit Lea (Vorstand)	05.03.
Aufarbeitung und Vorbereitung der Übergabe an eine Nachfolge	- Sammlung und Speicherung der Zugänge, Dokumentation und Kontakte; - Benachrichtigung der Partner:innen und Kolleg:innen über die Beendigung der Tätigkeit
ASTA-Referat	- Internes Exit-Gespräch und Rücktritt der Beauftragung zum Ende Januar; - Terminierung und Durchführung von Beratungen per E-Mail und Video (Fragen rund um Versicherungen, studentisches Engagement in Solidarität mit Menschen in Venezuela und in dem Iran, Förderung und Wohnungssuche).
ASTA	Regelmäßige Teilnahme an Sitzungen

Projekt	Veranstaltungskosten	Druckkosten	Bewirtungs-/Repräsentationskosten	Sonstige Ausgaben	Einnahmen
Summe					

Kultur

Folgt.

Lehramt

Folgt.

Nachhaltigkeit

Folgt.

Quartal 3
01.01.-31.03.2026

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Referent*in: Marie Kuch
Beauftragung: Laura Dittli

	(Gremien)Arbeit
Social-Media-Anfragen bearbeiten	(An-)Fragen von Studierenden, die den AStA-Instagram-Account erreichen, werden zumeist selbst beantwortet; bei Unsicherheiten wird der Vorstand zurate gezogen.
Erstellung von Veranstaltungsposts	Das Veröffentlichen der Veranstaltungen per Post auf Social Media soll die Reichweite erhöhen, um große Aufmerksamkeit zu generieren, damit möglichst viele Menschen daran teilnehmen.
Vorstellungsposts	Vorstellungsposts der Mitarbeitenden/Ehrenamtlichen des AStA auf Instagram, um den AStA nahbarer zu gestalten.
Pressemitteilungspost	Erstellung von Posts zu Pressemitteilungen soll die Transparenz gewährleisten und möglichst viele Studierende informieren.
Pressemitteilung schreiben	Gemeinsam mit dem Vorstand wurde eine PM zur Wiederbesetzungssperre an der CAU verfasst, um uns als AStA zu positionieren und den Prozess zu kritisieren.
Erstellung von Reels	Reels sind nützlich, um auf Social Media größere Reichweite zu erlangen, da diese mehr Nutzer*innen ausgespielt werden. Somit können mehr Menschen auf Informationen und/oder Veranstaltungen des AStA hingewiesen werden.
Stellenausschreibungspost	Erstellung von Stellenausschreibungspost, um die Reichweite zu erhöhen.
Info-Post zum Semesterbeitrag	Durch den drastischen Anstieg des Semesterbeitrags zum Sommersemester 2026 wurde die Thematik auf dem Instagram-Account aufgearbeitet, um Studis einen Überblick zu der konkreten Verteilung der Beträge zu geben.
Erstellung von TikTok-Account	Die Plattform TikTok bietet die Möglichkeit, gezielt jüngere Zielgruppen zu erreichen. Bespielt werden soll der Account mit kürzeren, humorvollen Videos und sich so von den Veranstaltungsankündigungen auf Instagram abgrenzen.

Projekt	Veranstaltungskosten	Druckkosten	Bewirtungs-/Repräsentationskosten	Sonstige Ausgaben	Einnahmen
Summe	0	0	0	0	0

Politische Bildung

Folgt.

Queerfeminismus

Folgt.

Sozialpolitik

Quartal 3
01.01.-31.03.2026

Sozialpolitik

Referent*in: Lena Langmaack
Beauftragung: Theepa Kalanathan

	Gremienarbeit
Gremium/Tätigkeit	Beschreibung
Vorbereitung MHAW	Mehrere Treffen zur Vorbereitung auf die MHAW. Die Mehrheit der ehrenamtlichen Arbeit in diesem Quartal war für die Vorbereitung der MHAW.
Treffen psychologische Beratung StuWe	Treffen mit Ramona Lopez und Laurin Schaeffgen für Veranstaltungsplanung MHAW
Treffen Techniker Krankenkasse	Treffen mit Björn Bartels für Veranstaltungsplanung MHAW und weitere künftige Veranstaltungen
Austauschtreffen mit Referaten	Im Rahmen der MHAW haben wir Kooperationen mit dem Inklusionsreferat und dem Vorstand. Dafür wurde sich ausgetauscht

Projekt	Veranstaltungskosten	Druckkosten	Bewirtungs-/Repräsentationskosten	Sonstige Ausgaben	Einnahmen
Summe	/	/	/	/	/

Studentische Beschäftigte

Folgt.

Studentische Ehrenamtliche

Quartal 3
01.01.-31.03.2026

Referat für Studentische Ehrenamtliche

Referent*in: Sunny Marko Lorenz

	Gremienarbeit
Kontakt mit Tobias Lübke	Im Rahmen der Verschiebung der Zuständigkeiten bei der Hochschulgruppenkoordination gab es einen Mailaustausch mit Tobias Lübke. Hierbei wurde in Erfahrung gebracht, dass sich die Bedingungen für HSGen ändern. Man kann nun jederzeit eine HSG anmelden, und die Rückmeldung erfolgt einmal im Jahr. Zudem findet eine Infoveranstaltung am 22.04. statt.
AStA-Sitzungen	Regelmäßige Teilnahme an den AStA-Sitzungen
Sitzung zur langen Nacht der Hochschulgruppen	Zur Sichtbarmachung und Vernetzung studentischen Ehrenamtes findet eine Lange Nacht der Hochschulgruppen in Zusammenarbeit mit dem GreenOffice und SHIFT statt. Der Veranstaltungsort ist die Seeburg. Bei diesem Event soll das Ehrenamt sichtbar werden und ein niedrigschwelliger Zugang zu Ehrenamt den potenziellen zukünftigen Ehrenamtler:innen vermittelt werden. Es sollen Stände von den einzelnen HSG-en angeboten werden.
Beratung der Indischen HSG	Die indische Hochschulgruppe wurde vor einiger Zeit aberkannt. Nun gibt es eine neue Bewegung, die sich wieder als HSG neu gründen möchte. Hierzu hat ein Beratungstermin und eine ausführliche E-Mail-Beratung stattgefunden.

Projekt	Veranstaltungskosten	Druckkosten	Bewirtungs-/Repräsentationskosten	Sonstige Ausgaben	Einnahmen
Summe	0	0	0	0	0

Studienangelegenheiten

Quartal 3
01.01.-31.03.2026

Studienangelegenheiten

Referent*in: Yorik Hansen
Beauftragung: Jules Groth-Mietzsch

Gremienarbeit	
Gremium/Tätigkeit	Beschreibung
AStA Sitzungen	Das Referat war an folgenden AStA Sitzungsterminen vertreten: 8. Januar, 15. Januar, 29. Januar, 5. Februar, 26. Februar, 12. März und 26. März.
Austausch mit dem Graduiertenzentrum	Gemeinsam mit dem AStA-Vorstand haben wir uns am 23. Februar mit dem Graduiertenzentrum (GZ) der CAU bezüglich der Promotionsberatung besprochen. Im Austausch wurden Möglichkeiten besprochen, die das Referat hat, um Promotionsstudierende nicht ohne Beratung zu lassen. Dafür wurden unter <u>Anderem</u> der Status-Quo erläutert und die verschiedenen Anlaufstellen des GZ und der Fakultäten aufgeschlüsselt. Grundsätzlich wurde der Austausch von beiden Seiten als positiv wahrgenommen. Eine Wiedereinführung der dedizierten Promotionsberatung durch den AStA ist voraussichtlich vorerst nicht notwendig, wobei noch Informationen auf der Website aktualisiert und ergänzt werden sollten. Regelmäßige Austausche (auch zukünftiger Besetzungen des Referats) mit dem GZ erscheinen sinnvoll.
Beratungen	Auch im vergangenen Quartal kam es zu einigen Beratungsgesprächen von Studierenden. Beratungsgespräche fanden innerhalb kurzer Zeit nach den jeweiligen Anfragen statt. Im vergangenen Quartal ist ein erhöhtes Aufkommen an Nachrichten zur Einführung des Bachelor of Laws aufgefallen. Diese wurden an die Fachschaft Jura verwiesen, welche versicherte, dass sie die Anfragen im Prozess berücksichtige. Leider ist aktuell ein Fall offen, der sehr zeitintensiv ist, da hier der Verwaltungsapparat des entsprechenden Fachs Fristen nicht einzuhalten scheint, die Betroffenen nicht informiert und auch die Fachschaft nicht helfen kann. Hier wird das Referat den Kontakt zu dem entsprechenden Prüfungsamt suchen. Außerdem ist bei einer Beratung aufgefallen, dass die offiziellen englischen Übersetzungen der deutschen Formulare der CAU (in dem Fall das Attest bei Prüfungsrücktritt) nicht mit den <u>aktuellsten</u> deutschen Formularen übereinstimmen. Die zentrale Prüfungsverwaltung wurde auf diesen Umstand hingewiesen. Das Formular wurde wenige Tage nach dem Hinweis aktualisiert.
Beschäftigung mit Studiengangs-Hopping	Der im vergangenen Quartalsbericht erwähnte Änderungsvorschlag an der PVO wurde in einer ersten Lesung am 28. Januar im <u>ZStA</u> besprochen. Dafür hat das Referat auf einer weiteren FVK Sitzung Meinungen zu der Änderung eingeholt. Auf der entsprechenden <u>ZStA</u> Sitzung wurde festgestellt, dass der bisherige Vorschlag noch überarbeitet werden sollte. Da ein alternativer Vorschlag eine HSG-Änderung benötigen würde, hat das Referat einen entsprechenden Hinweis an die Landes-ASten-Konferenz weitergeleitet. Außerdem wurde im <u>ZStA</u> angeregt, beim nächsten Vorschlag auch das Referat einzubeziehen. Allerdings erfolgte die Rückmeldung, dass die Studierendenschaft bereits durch die Konvente ausreichend in das Verfahren eingebunden sei.
ZAQM und <u>ZStA</u>	Das Referat hat die <u>ZAQM Sitzung</u> am 21. Januar, sowie die <u>ZStA Sitzung</u> am 28. Januar besucht.

Quartal 3
01.01.-31.03.2026

Studienangelegenheiten

Referent*in: Yorik Hansen
Beauftragung: Jules Groth-Mietzsch



Projekt	Veranstaltungskosten	Druckkosten	Bewirtungs-/Repräsentationskosten	Sonstige Ausgaben	Einnahmen
Summe	0	0	0	0	0

Bericht FVK

- Viele Berichte, darunter von AStA-Vorstand und StuPa-Präsidium
- Laura stellte die Hochschulgruppe Uniconsult und die Kooperation mit dem Zentrum für Entrepreneurship vor.
- Diskussion über die Änderung der Organisationssatzung
 - o Es gab einen Antrag im StuPa, welcher die Änderung der Zusammensetzung der Koordination der FVK gefordert hat.
 - o Die FVK hat sich gegen diese Änderung positioniert und mit sehr großer Mehrheit eine Stellungnahme verabschiedet.
 - o Die Stellungnahme ging dem StuPa-Präsidium zu.
- Studiengang Data Science -> Wird von Informatik-FS aufgenommen.
- Nachbesprechung SIT
 - o Geteilte Meinungen: Einige FSen fanden es gut, andere hätten sich mehr Einsatz von den übrigen FSen gewünscht, andere wären retrospektiv eher für einen Boykott gewesen.
- Vollversammlung & (Bündnis gegen die) Wiederbesetzungssperre
 - o Das Bündnis wurde vorgestellt und die FVK beschloss das Anliegen zu unterstützen.
- FVK-Koordination generell:
 - o Daniel tritt nach langer Amtszeit zurück und warb für neue Interessierte
- Verschiedenes
 - o Denkt an die Listen für die kommenden Wahlen.
 - o Kurzer Bericht aus der parallel stattgefundenen StuPa-Sitzung.

Unterstützung des Schulstreiks gegen die Wehrpflicht

Antragsteller*innen:

Emily Böhme (IJV), Moritz Willrodt (IJV)

Antragstext:

Das Studierendenparlament möge beschließen, den AstA zu beauftragen, den Schulstreik gegen die Wehrpflicht am 08.05.2026 in geeigneter Weise, mindestens aber über einen (Re-)Post in der Instagram-Story, zu bewerben und die Studierenden der CAU zur Teilnahme aufzufordern.

Begründung der Dringlichkeit:

Ein Beschluss des Antrags in der nächsten Sitzung, würde diesen Antrag obsolet machen, da die Veranstaltung zu diesem Zeitpunkt schon stattgefunden hätte. Darüber hinaus haben die notwendigen, Koordination und Kommunikation, insbesondere mit der Streikleitung, eine Antragsstellung erst zum jetzigen Zeitpunkt möglich gemacht.

Antragsbegründung:

Studierende sind keineswegs von Wehrpflicht und gesellschaftlicher Militarisierung ausgenommen – im Gegenteil, sie sind in mehrfacher Hinsicht direkt betroffen. Eine Wiedereinführung der Wehrpflicht würde viele Studierende unmittelbar in ihrer Bildungsbiografie unterbrechen oder verzögern. Studienpläne geraten ins Stocken, finanzielle Unsicherheiten nehmen zu, und individuelle Lebensentwürfe werden eingeschränkt.

Darüber hinaus zeigt sich Militarisierung nicht nur in der möglichen Einberufung, sondern auch in politischen Prioritätensetzungen: Steigende Militärausgaben gehen häufig zulasten öffentlicher Investitionen, etwa in Hochschulen, Bildungseinrichtungen und soziale Infrastruktur. Für Studierende bedeutet das konkret schlechtere Studienbedingungen, überfüllte Seminare und weniger Förderung. Wir sehen diese Entwicklung gerade konkret mit der Einführung von Wiederbesetzungssperre und Verwaltungsgebühr

Zugleich verändert Militarisierung das gesellschaftliche Klima insgesamt. Wenn militärische Logiken an Bedeutung gewinnen, geraten kritische, wissenschaftliche und emanzipatorische Perspektiven stärker unter Druck. Gerade Studierende, die traditionell eine wichtige Rolle in gesellschaftlichen Debatten spielen, sind davon betroffen.

Insgesamt wird deutlich: Wehrpflicht und Militarisierung greifen tief in das Leben von Studierenden ein – sowohl individuell als auch strukturell. Deswegen ist es besonders wichtig, dass auch sie sich gegen Wehrpflicht und Militarisierung wehren und dem (Hoch-)Schulstreik anschließen.

Weitere Begründungen erfolgen mündlich auf der Sitzung

Handlungskonzept der CAU gegen (extrem) rechte Einflussnahme

Antragssteller*innen:

Hochschulgruppe Studis gegen Rechts Kiel

Antragstext:

Das Studierendenparlament möge beschließen, eine Stellungnahme auf der Webseite des Gremiums zu veröffentlichen, die das Erfordernis eines Handlungskonzeptes gegen extrem rechte Einflussnahme an der CAU aufzeigt.

Das Studierendenparlament möge des Weiteren beschließen, dem Präsidium eine Handlungsempfehlung auszusprechen, die beinhaltet, dass das Präsidium zeitnah ein Handlungskonzept gegen (extrem) rechte Einflussnahme an der Universität erarbeiten und umsetzen sollte.

In der Folge möge das Studierendenparlament den studentischen Repräsentant*innen im Senat nahe legen sich für den Erlass eines Handlungskonzepts gegen (extrem) rechte Einflussnahme durch den Senat der CAU gemäß §21 HSG, Abs. 5 einzusetzen.

Vor diesem Hintergrund fordern wir ein Handlungskonzept mit,

Schutzmaßnahmen gegen (extrem) rechte Mobilisierungs- und Normalisierungsversuche an Institutionen wie der CAU, die sich an folgenden Leitlinien orientieren: 1) einer proaktiven Thematisierung des Problems von Rechtsextremismus in Institutionen und Stadtgesellschaften, 2) der parteilichen Positionierung auf Seiten der Betroffenen von (extrem) rechter Gewalt in Form von ideeller und materieller Unterstützung, und 3) einer partizipativen Umsetzung gemeinsam ausgehandelter (Präventions-)Maßnahmen, z.B. Sensibilisierungsworkshops, Antipopulismus-Angebote, Fortbildungen (siehe Handlungskonzept gegen (extrem) rechte Einflussnahme an der BTU Cottbus-Senftenberg (Radvan und Dhyr, 2023)).

institutionellem Rückhalt für Studierende, die sich kritisch mit der Normalisierung von rechtspopulistischer und (extrem) rechter Politik und den rechten Parteien allgemein- und hochschulpolitisch auseinandersetzen. Darunter fällt die Absicherung vor Sanktionierung, die Absicherung der Exmatrikulation aufgrund von demokratischem Aktivismus, als auch die Zusicherung von Räumen für die demokratische Teilhabe und Gestaltung an der Uni.

Stärkung der Stabstelle für Diversität und Antidiskriminierung. Dies sollte z.B. durch die Ausweitung und Finanzierung von Antidiskriminierungsberatungsangeboten und der diversitätssensiblen Öffentlichkeitsarbeit, aber auch durch stärkere Transparenz und Werbung von Anlaufstellen für Betroffene rechter Gewalt ermöglicht werden.

der Entwicklung eines Leitfadens für Angestellte und Mitarbeitende, um auf Rechte und Pflichten im Fall von (extrem) rechter Einflussnahme auf den Lehr-/Verwaltungsbetrieb hinzuweisen, z.B. Remonstrationsrecht, Wahrung des Gleichbehandlungsgrundsatzes in Art 3 GG, sowie der Vermittlung von Leitlinien zum Umgang mit antidemokratischen, autoritären und gruppenbezogener Diskriminierung und anderen (extrem) rechten Erscheinungen im Universitätsbetrieb.

Antragsbegründung:

1. Hinführung

An der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) setzen sich viele engagierte Personen auf unterschiedlichen Ebenen für Diversität und gleichberechtigte Teilhabe ein. Die Universität verfolgt dabei ein systemisch gefördertes Ziel der Vielfalt sowie Chancengerechtigkeit und Anti-Diskriminierung in allen Bereichen des universitären Lebens. Der zu erarbeitende Leitfaden soll dazu dienen, einen aktiven Beitrag zu einem inklusiven und respektvollen Miteinander auf allen Ebenen zu leisten, um die menschenrechtlich verankerte Garantie auf gesellschaftliche Teilhabe und Bildung sowie das Recht auf einen diskriminierungsfreien Studien- und Arbeitsplatz zu verwirklichen: eine Vereinigung von Aspekten der Lehr-Lern-Kultur, des Umgangs miteinander, die Beachtung der Diversität und der Bedarfe aller Beteiligten sowie der vorhandenen und möglichen Rahmenbedingungen. Unter dem gemeinsamen Motto „Pax Optima Rerum“ – eine Forderung für Weltoffenheit, internationaler Verständigung und Frieden – fördern und schätzen wir an der CAU Engagement, Reflexion und Partizipation aller an der Lehre und am Lernen Beteiligten und stärken eine bedarfssensible Haltung. Wir tolerieren an der CAU keinerlei Diskriminierung oder Ausgrenzung.

Angesichts zunehmender antidemokratischer und (extrem) rechter Mobilisierung und Einflussnahme, die sich gesamtgesellschaftlich, auf dem Campus und auch vermehrt in den Landesgesellschaften von Schleswig-Holstein beobachten lassen, braucht es weitere und zum Teil spezifische Antworten für den Hochschulbetrieb an der CAU. Ein wohlüberlegtes Konzept, welches Ressourcen evaluiert, Handlungsbedarfe formuliert und Interventionsmöglichkeiten gegen (extrem) rechte Einflussnahmen auf den Campi einleitet. Dem Antrag des Handlungskonzeptes geht eine E-Mail an das Präsidium der CAU mit der Ansammlung aus Vorfällen an der CAU voraus, aus denen sich u.a. die Notwendigkeit und Struktur des hier vorliegenden Antrages begründet.

2. Zielsetzung

Ein Handlungskonzept würde darauf abzielen, im Rahmen der vorgelegten Problembeschreibung die Universität als Studienort und Arbeitsstelle für alle Studierenden, Angestellten und Besucher*innen sicher(er) zu gestalten. Dieser Ansatz versteht die Uni als Ort der kritischen Auseinandersetzung, Emanzipation, Gleichberechtigung und Teilhabe. Ein wichtiges Ziel hierbei liegt im Schutz des Hochschulbetriebs vor möglicher oder akuter Einflussnahme durch antidemokratische und (extrem) rechte Kräfte. Daneben zielt ein mögliches Handlungskonzept sowohl auf

die proaktive Thematisierung der Realität des aufstrebenden Rechtsextremismus und der damit verbunden gesellschaftlichen Probleme, der Sensibilisierungen innerhalb der Institution (auf Ebene der Verwaltung, Lehre und des Studiums) für verschiedene Diskriminierungsformen ab als auch auf die weitestmögliche Einschränkung der Wirkung (extrem) rechter Diskurse und Einflussnahmen, die auch im Universitätsalltag auftreten und sich in naher Zukunft u.a. durch die Verschiebung politischer Kräfteverhältnisse in Schleswig-Holstein intensivieren könnten.

3. Ausgangslage

3.1 Gesamtgesellschaftliche Entwicklung

(Extrem) rechte Einstellungen sind nicht ausschließlich eine Erscheinung des so genannten ‚gesellschaftlichen Randes‘. Vielmehr befinden wir uns inmitten der gesellschaftlichen Änderung. In vielen Ländern gewinnen rechtspopulistische Parteien an Zustimmung. Häufig spiegelt sich dies auch in deren Regierungsbeteiligung wider. Beispielsweise kann die Regierung in Argentinien unter Javier Milei als rechts-libertär eingestuft werden (Zilla 2024, Scherf/Tesch 2024). Betrachten wir die Entwicklungen in der EU, z.B. Italien, wird dort die aktuelle Regierung aus einer Koalition der Parteien Fratelli d’Italia, Lega und Forza Italia zusammengestellt, die gemeinsam eine nationalkonservative Regierung stellen; mit Giorgia Meloni als Ministerpräsidentin, welche als postfaschistisch gilt (Livi 2024).

Auch in weiteren Ländern der EU sind bzw. waren rechte/rechtspopulistische und teils rechtsextreme Parteien an der Regierung beteiligt. Hierzu zählen z.B. Ungarn und die Niederlande (Deutschlandfunk 2025). Seit ca. einer Dekade ist eine gesamtgesellschaftliche Diskursverschiebung in eine politisch rechte Richtung zu beobachten. Autoritär-nationalistische Positionen, die von einer Ungleichwertigkeit von Menschen ausgehen, werden in der Öffentlichkeit häufiger vertreten. Auch im Europäischen Parlament sind verschiedenste rechtsradikale Parteien vertreten, die sich in den Fraktionen Europäische Konservative und Reformer, Patrioten für Europa und Europa der Souveränen Nationen organisieren. Es wird zunehmend wahrscheinlicher, dass diese Parteien an Einfluss gewinnen, zum Beispiel auch, indem Mitte-Rechts-Parteien Positionen der rechten Parteien übernehmen, in dem Versuch Wähler*innen zu gewinnen und die radikale Rechte zu schwächen (Schellenberg/Schellenberg 2024, lpb 2024).

Dieser Rechtsruck wird auch in Deutschland spürbar. Die AfD wurde in den letzten Jahren zunehmend gewählt. Bei der Bundestagswahl 2025 erreichte sie 20,8% der Stimmen. Bei den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen 30,6% und 32,8%. In Thüringen ist die AfD stärkste Kraft geworden. Diese Wahlergebnisse zeigen eine zunehmende Akzeptanz rechter Positionen in der Wähler*innenschaft. Die AfD ist in Thüringen, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Brandenburg vom Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextrem“ eingestuft, in weiteren Bundesländern als Verdachtsfall (Decker 2022, Fam 2024, vlg. Mediendienst Integration 2026). Nicht nur die AfD wird in Deutschland populärer, auch von der vermeintlichen „Mitte“ Deutschlands werden immer mehr rechte Themen

aufgegriffen. So haben in den letzten Jahren Parteien wie die CDU beispielsweise ihre Migrationspolitik verschärft. Gleichzeitig wird die AfD von vielen AfD-Wähler*innen als mittig und nicht als rechts bewertet (Schwesinger 2025, Krause 2025) und auch in einer umfassenderen Betrachtung der Diskurse zeigt sich eine Normalisierung in Hinblick auf verschiedene antidemokratische und menschenfeindliche Tendenzen oder eine fehlende Abgrenzung zu solchen (Zig 2025, Eden/Sandal-Önal/Zick/Ackermann 2025).

Von diesen Entwicklungen betroffen sind vor allem diejenigen Menschen, die motiviert durch konstruierte Feindbilder innerhalb (extrem) rechter Ideologien Abwertung erfahren. Dazu gehören insbesondere People of Colour, Schwarze Deutsche, demokratisch Engagierte, jüdische, muslimische, queere Menschen und Menschen mit Beeinträchtigungen. Die Gefahr der Normalisierung rechten Handelns und rechten Gedankenguts zeigt sich beispielsweise in der Zunahme rechter Straftaten.

Sowohl rechtsextremistische Straftaten als auch rechtsextremistische Gewalttaten stiegen von 2023 auf 2024 an (Bundesamt für Verfassungsschutz 2025, Lüdecke 2025).

3.2 Entwicklungen in Schleswig-Holstein

Auch in Schleswig-Holstein zeigt sich der Rechtsruck in der politischen Landschaft. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2021 nahm der Anteil der Zweitstimmen der AfD um 9,5% auf 16,3% zu. Damit wurde sie drittstärkste Kraft. Der zunehmende Anteil der AfD-Stimmen zeigte sich auch in Kiel (Anstieg von 5,8% auf 10,8%) (Bundeswahlleiterin 2025). Das Problem beginnt jedoch nicht erst beim Rechtsextremismus. Rechte Tendenzen zeigen sich auch in nicht explizit politischen Kontexten, in Alltagssituationen vieler Menschen, u.a. Studierenden. Dem Verein ZeBrA e.V. (Zentrum für Betroffene rechter Angriffe) sind im Jahr 2024, 164 rechte Gewalttaten in Kiel bekannt, was einen Anstieg um 20 % zum Vorjahr darstellt. Der größte Anteil der Taten stellte rassistische Gewalt dar, aber es gab auch Gewalttaten gegen politische Gegner*innen von rechts. Antisemitische, sowie queerfeindliche Gewalttaten (ZeBrA e.V. 2024).

3.3 Entwicklung im Bereich der Wissenschaft

Im Rahmen dieser Entwicklungen rückt auch Wissenschaft ins Visier rechter Einflussnahme und Angriffe. Rechte Narrative werden in wissenschaftliche Diskurse hineingetragen, auch Menschen mit rechten Einstellungen und solche, die in der rechten Szene organisiert sind, werden im sozialen Umfeld der Wissenschaft sichtbarer (Reusch 2024). Das zeigen u.a. zahlreiche Anfragen der AfD-Fraktionen in den Landtagen und im Bundestag (vgl. zu Gender und Geschlechterforschung, Bereswill/Ehlert/Neuber 2021), wie auch deren Positionierungen gegen wissenschaftlich begründete Antworten zur Eindämmung des Pandemiegeschehens (Henze 2024) oder des Klimawandels (Deutscher Bundestag 2025). Neben solchen öffentlichen Diffamierungen und Angriffen erfolgt jedoch auch innerhalb des wissenschaftlichen Austauschs eine Diskursverschiebung rund um die Begriffe ‚Wissenschaftsfreiheit‘, ‚Ideologie‘ und ‚Cancel Culture‘. Dabei spaltet sich der Diskurs entlang der Pole individueller Freiheitsrechte (z.B.

Forderung: ‚keine Sprech- und Denkverbote‘) gegenüber der Förderung von Teilhabe bisher marginalisierter Perspektiven an der Wissensproduktion.

Die Angriffe auf die Wissenschaft und Wissenschaftsfreiheit zielen darauf ab, Forschungsfelder, Forschungsergebnisse und Positionen, die antipluralistische und antidemokratische Haltungen in Frage stellen, zu delegitimieren und deren Finanzierung anzuzweifeln. Insbesondere sind hiervon Bereiche der Migrations- und Klimaforschung, Epidemiologie, Gender Studies sowie sozial- und geisteswissenschaftliche Grundlagen betroffen. Rechte Positionen und Angriffe auf Thematiken und Forschende untergraben das wissenschaftliche Ringen um Erkenntnis. Eine diesbezügliche atmosphärische Veränderung geht mit der Gefahr einher, die Grundlagen des demokratischen Miteinanders, aber auch des wissenschaftlichen, kritisch-dialogischen Austausches und des freien Denkens einzugrenzen (Karakayali/Tsianos 2025).

Durch ein Negieren des Vorhandenseins solcher Entwicklungen ebenso wie von Diskriminierung, Herrschaftsverhältnissen und globaler Ungleichheit werden eben diese Phänomene verstärkt (Landesdemokratiezentrum SH 2024). Dabei haben Hochschulen als Orte des Lernens, der Reflexion und Kritik sowie der Analyse und des Erforschens eine wichtige gesellschaftliche Funktion. Sie statten Menschen mit Werkzeugen aus, um ihre eigene Lebensrealität zu artikulieren und über sie nachzudenken. Für viele Konfliktkonstellationen liegt aber keine konsolidierte Rechtsprechung vor (Reusch 2024). Im Sinne einer chancengerechten Hochschule (im Sinne des Art. 3 GG) und Aufrechterhaltung der Wissenschaftsfreiheit (Art. 5, Abs. 3 GG, Karakayali/Tsianos 2025), ist auf Grundlage der verfassungsgebundenen Werte die Vermittlung einer klaren Positionierung gegen Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Ableismus und anderen Diskriminierungsformen notwendig, um möglichst allen den Zugang und die Teilhabe am Hochschulleben und somit der Wissensproduktion zu ermöglichen.

4. Begründung

4.1 Erfahrungen mit Diskriminierung und Gewalt im Kontext von Rechtsextremismus an der CAU

Von den Entwicklungen in Schleswig-Holstein, bleibt auch die Sphäre der Universität nicht unberührt. Durch eine zunehmende Normalisierung von autoritaristischen und extrem rechten Aussagen im öffentlichen Diskurs (ZeBrA e.V. 2024) ist davon auszugehen, dass sich diese Verschiebung auch an der Hochschule weiter reproduziert. Letztes Jahr im April kam es an einem Infostand der Studis gegen Rechts Kiel zu einem Vorfall mit der Frau des öffentlich rechten AfD-Mitgliedes Hubert Pinto de Kraus. Dabei wurden Studierende verbal angegriffen und ein Großteil des Infomaterials zerstört. Gedroht wurde von Frau Pinto de Kraus mit Anzeige und Klage. Sie rief die Polizei. Die Hochschulzeitung Der Albrecht wurde vor der OB-Wahl in Kiel beim Verteilen der Zeitungen auf den Campi aufgrund des Nicht-Abbildens von Hubert Pinto de Kraus als Kandidat der AfD konfrontiert. Es kam zur verbalen Aggression, die Personen wurden dabei beschimpft und die Zeitung als „Populisten- und Propagandablatt“ betitelt.

4.1.1 Mobilisierungsversuche durch Symbole und Flyer

In den letzten Monaten waren vermehrt Mobilisierungsversuche in Form von Stickern, Flyern und Schmierereien zu beobachten. An den Campi der CAU kam es vermehrt (v.a. in Mensa1) zu Schmierereien auf Flugblättern zu Transsexualität-Awareness, als auch vermehrt zu rechten Schmierereien, z.B. „White Power“, die sich auf die rassistische ‚White Supremacy‘-Ideologie beziehen, auf den Frauen- und vor allem auf den Männertoiletten. Auf den Campi der HAW-Kiel wurden rechte Flugblätter verteilt.

4.1.2 Mobilisierungsversuche auf (öffentlichen) Veranstaltungen

Völkisch-autoritäre und (extrem) rechte Kader versuchen, öffentliche Vorlesungs- und Diskussionsveranstaltungen zu nutzen, um durch Ihre Anwesenheit Unbehagen und Angst zu schüren, ihre Ideologie durch Einschüchterungsversuche zu verbreiten und dabei Informationen von Studierenden zu erwerben. Bei einer Informationsveranstaltung von Studis gegen Rechts Kiel am 03.11.2025 für eine Protestaktion gegen die Gründung der AfD-Jugend im Rahmen des Plenums und in Zusammenarbeit mit widerstehen Kiel erschien ein Mann, welcher bei einigen bereits zu Beginn Unbehagen auslöste. Grundsätzlich darf zu unseren Veranstaltungen jede*r kommen, daher wurde er erstmal nicht angesprochen. Eine Person bemerkte, dass der Mann aus der letzten Reihe Fotos von den Vortragenden machte, sodass die Nummer der Campus-Security bereitgelegt wurde. Zum Ende der Veranstaltung fiel einer anderen Person auf, dass der Mann eine Liste über längere Zeit in der Hand hielt, die Kontaktdaten von Protest-Interessierten beinhaltete. Kurze Zeit darauf bekamen Personen, die auf dieser Liste standen, einen Anruf, der scheinbar zum Ziel hatte, die Betroffenen von seiner rechten Gesinnung und einer Mitgliedschaft bei den Jungen Nationalisten zu überzeugen. Wir deuten diese Handlungen als Einschüchterungsversuch, mit dem Willen Angst zu schüren, zu stören und antifaschistisches, also demokratisches, Engagement zu sabotieren. Er hinterließ zudem einen transfeindlichen Sticker zwischen unseren auf dem Tisch. Dieselbe Person erschien am 12.10.2025 an einem Infostand von Studis gegen Rechts Kiel am Audimax der CAU. Augenscheinlich unter Amphetamineinfluss wurde argumentativ versucht die rechte Ideologie näher zu bringen, wobei sich die Diskussion im Kreis drehte und er erst nach mehrmaligem, sehr deutlichem Auffordern den Stand verließ. Kurze Zeit später näherte sich aus der gleichen Richtung ein weiterer Mann in ähnlichem Alter und tat es ihm gleich.

4.2 Im Kontext der Internationalen Kooperation

Die CAU hat mit 2572 internationalen Studierenden, 526 internationalen Forschenden und Lehrenden und einem Anteil von 26 % internationaler Promovierenden (CAU 2025), einen hohen Anteil an internationalen Studierenden, was die Universität nicht zuletzt durch ihr Leitbild der ‚Internationalisierungsstrategie‘ (CAU 2023) aktiv und erfolgreich befördert. Kiel ist international vor allem durch ihre Exzellenzcluster „ROOTS – Konnektivität von Gesellschaft, Umwelt und Kultur in vergangenen Welten“ und

„Precision 8 Medicine in Chronic Inflammation (PMI)“, als innovativer Studienort bekannt. Davon zeugt die Teilnahme an der Europäischen Universität der Meere (SEA-EU), ein Super-Campus, der sich vom Mittelmeer bis zum Polarkreis erstreckt und die ambitionierte Zusammenarbeit durch Austausch von Kulturen, Wissen und Erfahrungen ermöglicht. SEA-EU setzt dabei auf Leitlinien der Inklusion und der Geschlechterparität. Unabhängig von Geschlecht oder Herkunft wird hier ein Raum geschaffen, welcher Gehör für Vielfalt und Gleichberechtigung fordert, um Barrieren abzubauen, Stereotypen zu hinterfragen und Gerechtigkeit in Bildung und Forschung zu fördern (SEA-EU 2026).

4.3 Herausforderungen in der Lehre

Die CAU umfasst – im Einklang mit ihrem Leitfaden – wissenschaftliche Standards in der Lehre, welche selbstregulativ, erfahrungsbasiert und evaluationsorientiert sind. In diesem Zusammenhang stehen die stetige Evaluation und die Weiterentwicklung der Curricula (CAU 2023). Um die Rahmenbedingungen zu erhalten, braucht es einen grundsätzlichen Qualitäts- und Exzellenzanspruch, entsprechende Qualitätssicherung und Entwicklung. Formen von Diskriminierung ebenso wie von Rechtsextremismus sind für gewöhnlich in sozial- und geisteswissenschaftlichen Disziplinen Lerngegenstände, die im Verlauf von Vorlesungen und Seminaren aus kritischen Perspektiven beleuchtet und diskutiert werden. Dass entsprechende Erscheinungsformen in Lehrveranstaltungen ‚auftauchen‘ bzw. zum Problem werden, stellt Lehrende und Studierende, aber auch die Verwaltung und die Institution an sich vor Herausforderungen, und zwar disziplinenübergreifend. Dies zeigt sich u.a. im Lehramtsstudium Geschichte an der CAU. Lehrveranstaltungen zum Nationalsozialismus sind keine Pflicht, ein Lehramtsstudium kann ohne den Besuch einer Veranstaltung zum Erlernen eines sensiblen Umgangs mit der deutschen Geschichte abgeschlossen werden.

4.4 Antizipation von hochschulpolitischer Einflussnahme durch die AfD

Vor dem Hintergrund der in Punkt 3.2 dargestellten politischen Entwicklungen in Schleswig-Holstein ist davon auszugehen, dass die AfD in der kommenden Legislaturperiode als Fraktion in den Landtag von Schleswig-Holstein einziehen könnte. Ein Blick auf parlamentarische Initiativen der AfD in anderen Bundesländern sowie auf Bundesebene zeigt, dass hochschulpolitische Themen und insbesondere die studentische Selbstverwaltung wiederholt Gegenstand politischer Interventionen der Partei sind.

So forderte die AfD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag im November 2025 in einem Antrag eine umfassende Reform der verfassten Studierendenschaft (Niedersächsischer Landtag, 2025). Der Antrag umfasst unter anderem die Abschaffung des bestehenden AStA-/StuPa-Systems, die Einführung zusätzlicher administrativer Hürden für studentische Mitwirkung, die Kürzung finanzieller Mittel studentischer Gremien sowie Einschränkungen des politischen Mandats der verfassten Studierendenschaft, insbesondere im Bereich politischer Bildung. Darüber hinaus wird in dem Antrag die demokratische Legitimation studentischer Vertreter*innen grundsätzlich infrage gestellt

sowie eine stärkere institutionelle Kontrolle der Studierendenschaft durch Hochschulleitungen gefordert.

Vergleichbare parlamentarische Initiativen lassen sich auch in anderen Bundesländern beobachten. In Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben AfD-Fraktionen Gesetzesentwürfe sowie Kleine Anfragen eingebracht, die sich mit der Abschaffung, Einschränkung oder stärkeren Kontrolle der verfassten Studierendenschaften befassen (Landtag Sachsen-Anhalt, 2022; Thüringer Landtag, 2025; Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 2025).

Diese Initiativen deuten auf eine wiederkehrende hochschulpolitische Schwerpunktsetzung hin, die auf eine Einschränkung studentischer Selbstverwaltung, eine Neujustierung ihrer Aufgabenbereiche sowie eine stärkere institutionelle Kontrolle abzielt. Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, frühzeitig institutionelle und strukturelle Maßnahmen zu entwickeln, die die Autonomie studentischer Selbstorganisation sichern und demokratische Beteiligungsstrukturen an Hochschulen stärken.

Ein Handlungskonzept gegen (extrem) rechte Einflussnahme an der CAU stellt daher einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Unabhängigkeit von Forschung und Lehre, zur Stärkung studentischer Selbstorganisation sowie zur Förderung demokratischer Diskussions- und Bildungsräume an der Universität dar.

5. Schluss

Bitte diskutieren Sie den oben angeführten Antragstext.

Quellenangaben:

Radvan und Dhyr 2023: Handlungskonzept gegen (extrem) rechte Einflussnahme an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg: Sensibilisiert. Positioniert. Engagiert., https://www-docs.b-tu.de/fg-methoden-theorien-sozialarbeit/public/handlungskonzept/Handlungskonzept-gegen_extrem_rechte-Einflussnahme-an-der-BTU_RZ-14.pdf

Zilla 2024: C.Zilla, Ideologie und Politik bei Javier Milei. Libertärer Populismus in Argentinien, SWP Aktuell (2024), <https://www.swp-berlin.org/publikation/ideologie-und-politik-bei-javier-milei>

Scherf/Tesch 2024: J.Scherf/B.Tesch, 100 Tage Milei in Argentinien: Beleidigungen sind jetzt Teil des politischen Alltags, Heinrich Böll Stiftung (2024)

Livi 2024: M.Livi, Die (extreme) Rechte in (2024), <https://www.bpb.de/themen/parteien/rechtspopulismus/552817/die-extreme-rechte-in-italien/> Italien, bpb

Deutschlandfunk 2025: Rechtsruck in Europa. Die Rechtsaußen-Parteien gewinnen an Einfluss, Deutschlandfunk (2025), <https://www.deutschlandfunk.de/rechtspopulismus-rechtsextremismus-europa-rechtsruck-100.html>

Schellenberg/Schellenberg 2024: B.Schellenberg/A.Schellenberg, Die Radikale Rechte im europäischen Vergleich. Kernelemente und Unterschiede, bpb <https://www.bpb.de/themen/parteien/rechtspopulismus/240093/die-radikale-rechte-im-europaeischen-vergleich/#node-content-title-10> (2024),

lpb 2024: Rechtsruck in Europa. Rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien, lpb (2024), <https://www.europawahl-bw.de/rechtsruck-in-europa> Decker 2022: F.Decker, Wahlergebnisse und Wählerschaft der AfD, bpb (2022), <https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/afd/273131/wahlergebnisse-und-waehlerschaft-der-afd/>

Fam 2024: P.Fam, Wo ist die AfD in deutschen Landtagen vertreten?, rnd (2024) Mediendienst Integration 2026: Ist die AfD rechtsextrem?, Mediendienst Integration (2026)

Schwesinger 2025: H.Schwesinger, Warum die Union nicht stärker ist - und die AfD so erfolgreich, tagesschau (2025), <https://www.tagesschau.de/inland/bundestagswahl/bundestagswahl-analyse-104.html>

Krause 2025: W.Krause, Rechtsaußenpositionen im Parteienwettbewerb. Normalisierung und Mainstreaming, bpb <https://www.bpb.de/themen/parteien/rechtspopulismus/561905/rechtsaussenpositionen-im-parteienwettbewerb/>

Zig 2025: A.Zick, Demokratie am Kipppunkt – Verschiebungen in der Mitte und die Normalisierung des Rechtsextremismus – eine Hinführung zur Mitte-Studie 2024/25. In: F.Schröter, Die angespannte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/2025, Friedrich-Ebert-Stiftung (2025)

Eden/Sandal-Önal/Zick/Ackermann 2025: M.Eden/E.Sandal-Önal/A.Zick/K.Ackermann, Demokratievorstellungen und Demokratiewahrnehmungen in der Mitte. In: F.Schröter, Die angespannte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/2025, Friedrich-Ebert-Stiftung (2025)

Bundesamt für Verfassungsschutz 2025: Zahlen und Fakten, Bundesamt für Verfassungsschutz (2025), https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/rechtsextremismus/zahlen-und-fakten/zahlen-und-fakten_node.html

Lüdecke 2025: R.Lüdecke, Alle 12 Minuten eine rechte Straftat: Hass und Gewalt sind zum Flächenbrand geworden, Amadeu Antonio Stiftung (2025)

Bundeswahlleiterin 2025: Bundestagswahl 2025, Bundeswahlleiterin (2025), <https://www.bundeswahlleiterin.de/bundestagswahlen/2025/ergebnisse/bund-99/land-1/wahlkreis-5.html>

zebra e.V. 2024: Monitoring 2024. Anzahl dokumentierter rechter Gewalttaten in Schleswig-Holstein erneut gestiegen, zebra e.V. (2024), <https://www.zebraev.de/monitoring-2024/>

SH 2026: Gesetz für gesellschaftliche Vielfalt und zum Schutz vor Diskriminierung (GGVSD), Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung, SH (2026), <https://www.schleswig-holstein.de/DE/fachinhalte/V/vielfalt/ggvsd?nn=b796c26b-d9ce-4e49-a0327e552e6933b8>

CAU 2023: Leitbild Lehren und Lernen der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, CAU (2023), https://www.uni-kiel.de/fileadmin/user_upload/universitaet/profil/cau-leitbild-lehren-und-lehren.pdf

CAU 2025: International. CAU International. Internationale Zahlen, CAU (2025), <https://www.uni-kiel.de/de/international>

SEA-EU 2026: Equity and Inclusion, SEA-EU (2026), <https://sea-eu.org/equity-and-inclusion/>

Reusch 2024: M.Reusch, Warum sich die Wissenschaft so schwer tut im institutionellen Umgang mit rechten Angriffen, Gerdea (2024)

Bereswill/Ehlert/Neuber 2021: M.Bereswill/G.Ehlert/A.Neuber, Feindselige Anfragen. Die Nutzung eines parlamentarischen Instruments zur Diskreditierung der Geschlechterforschung. In: Gender - Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft (2021)

Henze 2024: D.Henze, „Wählen Sie diese Regierung ab, solange Sie noch können“. Inszenierung und Wirken der Bundestagsreden der AfD in Bezug auf die COVID-19-Pandemie. In: Autoritäre Dynamiken in der Krise (2024)

Deutscher Bundestag 2025: Widerstand gegen AfD-Pläne zur Beseitigung der Klimaschutzfolgen, Deutscher Bundestag (2025), <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw26-de-klimaschutzfolgenbereinigung-1084784>

Karakayali/Tsianos 2025: J.Karakayali/V.Tsianos, Extrem rechte Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit. In: ReGA-Newsletter (2025)

Beratungs- Landesdemokratiezentrum SH 2024: Rechtsextremismus. Wissenschaftliche Erkenntnisse und praktische und Präventionsarbeit am Beispiel von Schleswig-Holstein, Landesdemokratiezentrum Schleswig-Holstein (2024), <https://www.wachholtz-verlag.de/out/media/Rechtsextremismus.pdf>

Niedersächsischer Landtag 2025: Antrag Fraktion der AfD: Reform der Verfassten Studentenschaft zur Beförderung der Wissenschaftskompetenz unserer Hochschulen -

Studentenrat (StuRa) statt AStA Drucksache 19/8962, https://www.landtag-niedersachsen.de/drucksachen/drucksachen_19_10000/08501-09000/19-08962.pdf

Landtag von Sachsen-Anhalt 2022: Antwort auf Kleine Anfrage „Studierendenschaften“ und deren Vertretungen an den Hochschulen in Sachsen-Anhalt - KA 8/1073 Drucksache 8/2028 (2022), <https://gordonkoehler.de/wp-content/uploads/2023/03/KA-Studierendenschaften.pdf>

Landtag Mecklenburg-Vorpommern 2025: Gesetzentwurf der Fraktion der AfD Drucksache 8/4635, Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landeshochschulgesetzes (2025), https://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/dokument/63969/8_4635_gesetz_zur_aenderung_des_landeshochschulgesetzes

Thüringer Landtag 2025: Gesetzentwurf der Fraktion der AfD: Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Hochschulgesetzes - Sicherung der Vereinigungsfreiheit der Studenten an den Thüringer Hochschulen Drucksache 8/1039, https://parldok.thueringer-landtag.de/ParlDok/dokument/101650/zweites_gesetz_zur_aenderung_des_thueringer_hochschulgesetzes_sicherung_der_vereinigungsfreiheit_der_studenten_an_den_thueringer_hochschulen_vorabdruc.pdf

KSV e.V.				
Football tournament 2025				
Costs estimation (200 persons)				
Name	Qte	Price/unit (Euro)	Sub_Total (Euro)	Total (Euro)
Wasser	2.00	0.54	1.08	4183
Apfelschorle	2.00	0.94	1.88	
Müsliriegel	2.00	0.30	0.6	
Apfel	4.00	0.50	2	
Banane	4.00	0.40	1.6	
Total for food (300 persons)			2148	
Fußballmedaille	60.00	3.00	180	
FußballBälle	3.00	30.00	90	
Pokal	1.00	15.00	15	
Football Referee Set	3.00	8.00	24	
Marking Cones	2.00	15.00	30	
Fisiocrem Spray	2.00	15.00	30	
High End Cold and Hot Compresses	1.00	16.00	16	
Badge for organizers	15.00	5.00	75	
Total for the equipment			460	
Preise für das erstplatzierte Team	1.00	750.00	750.00	
Preise für das zweitplatzierte Team	1.00	525.00	525.00	
Preise für das drittplatzierte Team	1.00	300.00	300.00	
Total for the Preise			1575	

KSV e.V.				
Football tournament 2025				
Costs estimation (200 persons)				
Name	Qte	Price/unit (Euro)	Sub_Total (Euro)	Total (Euro)
Wasser	2,00	0,54	1,08	4183
Apfelschorle	2,00	0,94	1,88	
Müsliriegel	2,00	0,30	0,6	
Apfel	4,00	0,50	2	
Banane	4,00	0,40	1,6	
Total for food (300 persons)			2148	
Fußballmedaille	60,00	3,00	180	
FußballBälle	3,00	30,00	90	
Pokal	1,00	15,00	15	
Football Referee Set	3,00	8,00	24	
Marking Cones	2,00	15,00	30	
Fisiocrem Spray	2,00	15,00	30	
High End Cold and Hot Compresses	1,00	16,00	16	
Badge for organizers	15,00	5,00	75	
Total for the equipment			460	
Preise für das erstplatzierte Team	1,00	750,00	750,00	
Preise für das zweitplatzierte Team	1,00	525,00	525,00	
Preise für das drittplatzierte Team	1,00	300,00	300,00	
Total for the Preise			1575	

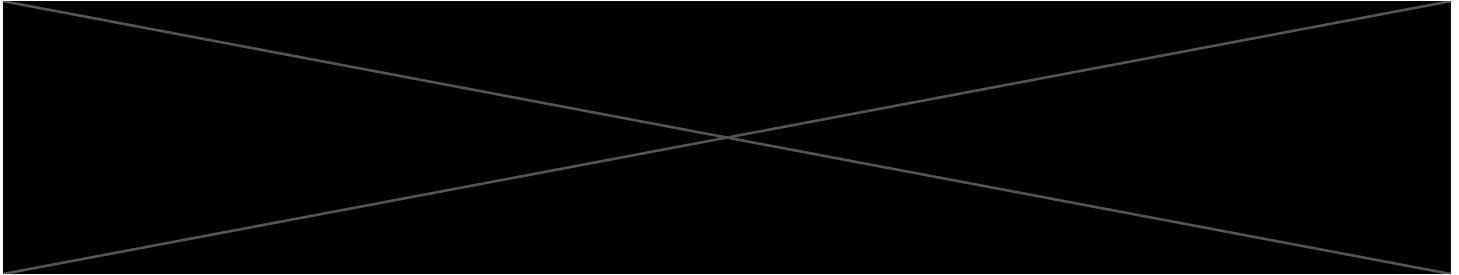
Finance request

☒ to the student parliament

☐ to the AStA

☐ to the student union

Applicant



The student parliament/AStA/student union may vote the following:

Wir, der Kamerunische Studentenverein Kiel e. V. (KSV Kiel), planen das Interkulturelle Fußballturnier Kiel 2026, das am 06. Juni 2026 am Stadion der CAU Kiel stattfindet. Das Turnier fördert den interkulturellen Austausch, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Fairplay. Im letzten Jahr (2025) war die Veranstaltung ein großer Erfolg mit hoher Teilnehmerzahl und positiver Resonanz.

Für die Durchführung des Turniers benötigen wir finanzielle Unterstützung für Verpflegung der Teilnehmenden (Wasser, Apfelschorle, Obst, Müsliriegel) und die notwendige Ausrüstung (Medaillen, Bälle, Pokal, Schiedsrichter-Set, Markierungskegel, etc.). Das Turnier richtet sich an Studierende aus der Kieler Umgebung und trägt zur Stärkung der Gemeinschaft bei. Wir bitten daher um eine Förderung zur Deckung der Kosten, wie im beigefügten Kostenplan geschätzt.

City and Date: Kiel, den 20.04.2026

Signature:

NOT to be filled out by the applicant

This application was approved/rejected/postponed at the

meeting.

Yes-votes:

No-Votes:

Abstentions:

Approved amount:

EUR

Justification, documents to be submitted later:

Head of budget committee/

Financial referent of AStA/

Head of finance of student union

President of the student parliament/

AStA-Board/

Head of student union

**Änderungsantrag 1 zum Antrag 83-08-06:
Änderung der Organisationssatzung der Studierendenschaft
(Abwahl/Ausschluss AStA)**

Antragssteller*innen:

Daniel Mäckelmann

Antragstext:

Das Studierendenparlament möge beschließen, den Antrag 83-08-06 folgendermaßen zu ändern:

(1) Die der neu einzufügende § 20 Abs. 5 wird wie folgt neu gefasst:

„(5) Abweichend von Absatz 4 kann ein*e Referent*in oder eine Beauftragung vom Vorstand des Allgemeinen Studierendenausschusses aus diesem ausgeschlossen werden, wenn die Person in nicht unerheblicher Weise der Studierendenschaft oder dem Allgemeinen Studierendenausschuss schadet, deren Ansehen beschädigt oder gegen die Werte sowie Verhaltensmaßstäbe des Allgemeinen Studierendenausschusses verstößt, sodass ein Verbleib in diesem nicht tragbar ist. Vor der Entscheidung hat der Vorstand den Sachverhalt zu ermitteln, wobei in jedem Fall dem*der Betroffenen die Möglichkeit zu geben ist, sich zu den für die Entscheidung erheblichen Tatsachen zu äußern. Die Vorschriften für das Verwaltungsverfahren nach dem Landesverwaltungsgesetz sind anzuwenden. Dem*Der Betroffenen ist der Ausschluss schriftlich oder elektronisch mitzuteilen. Dieser ist zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. Das Studierendenparlament ist ~~hiervon~~ von einem Ausschluss unverzüglich zu unterrichten, insbesondere sind die Gründe hierfür darzulegen, ~~insoweit dies dem Schutz von Beteiligten nicht widerspricht~~ wobei der Schutz der Beteiligten zu berücksichtigen ist, ohne dass die Begründung vollständig unterbleiben darf. Das Studierendenparlament kann eine Entscheidung nach Satz 1 aufheben. Wird das Studierendenparlament nicht innerhalb eines Monats unterrichtet, wird die Entscheidung gegenstandslos.“

(2) Es wird ein § 20 Abs. 6 eingefügt:

„(6) Über einen Widerspruch gegen eine Entscheidung des Vorstands des Allgemeinen Studierendenausschusses nach Absatz 5 entscheidet das Studierendenparlament, sofern der Vorstand nicht abhilft. Der Widerspruch hat aufschiebende Wirkung, sofern nicht die sofortige Vollziehung der Entscheidung angeordnet wird.“

Antragsbegründung:

Der Ursprungsantrag regelt das Ausschlussverfahren unzureichend: Es fehlen verfahrensrechtliche Mindestgarantien, eine wirksame interne Kontrolle durch das StuPa und ein klar ausgestalteter Rechtsschutz unterhalb der gerichtlichen Ebene. Die Abwahl von AStA-Mitgliedern würde durch eine solche Regelung faktisch bedeutungslos werden, da der Vorstand jederzeit die Möglichkeit hätte, die betroffenen Mitglieder durch einen Ausschluss loszuwerden. Der Änderungsantrag ergänzt daher Anhörung, Begründungs- und Mitteilungspflichten, eine Kontroll- und Aufhebungsmöglichkeit des StuPa sowie eine Frist für die Unterrichtung.

Dem Änderungsantragssteller ist bewusst, dass diese Änderungen nicht unbedingt der Idee des Ursprungsantragsstellers entsprechen, die Ehrenamtlichen im AStA künftig durch Handstreich loszuwerden. Es sei aber erwähnt, dass dies – entgegen der Antragsbegründung – auch für die Beschäftigten des AStA nicht möglich ist, die durch das Arbeitsrecht geschützt sind.

Der Ausschluss erhält mit diesen Änderungen eher die Eigenschaft einer vorläufigen Regelung der Angelegenheiten, als einer gleichberechtigt neben der Abwahl stehenden Möglichkeit, das Ausscheiden von AStA-Mitgliedern zu erwirken.

Zu den einzelnen Änderungen: Der erste Block an Änderungen besteht insbesondere aus deklaratorischen Klarstellungen, die den Vorstand insbesondere zur Einhaltung der in den §§ 83, 87, 108, 109 LVwG¹ stehenden Vorschriften anhalten sollen. Lediglich die Anordnung der Schriftform (bzw. der elektronischen Form) hat tatsächlichen Regelungsinhalt. Dies dient dem Nachweis für alle Beteiligten und schafft Rechtssicherheit. Insofern wird die Schriftformerfordernis bei der Kündigung eines Arbeitsvertrags gespiegelt. Im Gegensatz zur Begründung gegenüber dem StuPa ist gegenüber dem Betroffenen eine vollständige Begründung gefordert, in welcher nach § 109 LVwG „die wesentlichen tatsächlichen und rechtlichen Gründe mitzuteilen“ sind. Dies stellt sicher, dass der*die Betroffene die Möglichkeit hat, die Entscheidung nachzuvollziehen und gegebenenfalls auch zu überprüfen.

Außerdem wird die Ausnahme von der Begründungspflicht gegenüber dem StuPa neu formuliert, um klarzustellen, dass auf die Begründung nicht vollständig verzichtet werden kann.

Zudem soll das StuPa ein Vetorecht erhalten, um derartige Vorstandsbeschlüsse aufzuheben. Eine explizite Regelung ist der Generalklausel des § 18 Satz 2 der Organisationssatzung vorzuziehen, da sie die Entscheidungsbefugnis des StuPa in diesem Bereich klar und unmissverständlich regelt.

Auch sollte verhindert werden, dass der Vorstand die Unterrichtung und Entscheidung des StuPa über einen Ausschluss aussitzt. Eine Frist von einem Monat erscheint hierfür angemessen, eine Unterrichtung des StuPa muss nicht zwingend in einer Sitzung erfol-

¹Allgemeines Verwaltungsgesetz für das Land Schleswig-Holstein (Landesverwaltungsgesetz)

gen, sondern kann auch per Rundmail geschehen. Sollte die Frist ohne Unterrichtung verstreichen, kann man davon ausgehen, dass der Vorstand nicht an der Entscheidung festhalten möchte. Daher sollte die Entscheidung gegenstandslos werden.

Zudem wird durch den neu eingefügten Abs. 6 dem StuPa auch die Entscheidungsbefugnis im verwaltungsgerichtlichen Vorverfahren zugeteilt. Eine solche Zuweisung der Zuständigkeit innerhalb der Studierendenschaft ist durch Satzung möglich². Der letzte Satz ist lediglich deklaratorisch und ergibt sich aus dem § 80 Abs. 1 und Abs. 2 Nr. 4 VwGO³. Somit entscheidet auch im Rechtsschutzverfahren nicht der Vorstand, sondern das StuPa.

Im Übrigen sei erwähnt, dass der Änderungsantragssteller auch den geänderten Antrag weiterhin ablehnen wird. Denn auch mit den Änderungen verbleibt die Problematik des Chilling Effekts auf AStA-Mitglieder, die dann bei berechtigter Kritik am Vorstand oder anderen AStA-Mitgliedern nicht nur den politisch heiklen Abwahantrag, sondern auch den einfacheren Ausschluss befürchten müssen. Auch entwertet es weiterhin den AStA als Entscheidungsorgan, da sich die Regelung durch den Vorstand weiterhin (wenn auch schwerer) zur Herstellung beliebiger Mehrheitsverhältnisse im AStA missbrauchen lässt.

Die Beantwortung etwaiger Fragen erfolgt mündlich auf der Sitzung.

Alternativen:

Um das Ziel, stärkerer Rechtsschutzgarantien gegenüber dem Ursprungsantrag und der Erschwerung von Willkür zu erreichen, bestehen gegenüber dem vorliegenden Änderungsantrag folgende Alternativen:

- Komplette Streichung des Abs. 5 im Ursprungsantrag
- Zuweisung der Entscheidungsbefugnis im Widerspruchsverfahren an einen StuPa-Ausschuss
 - Ähnlich unabhängige Kontrolle, wie Entscheidung des gesamten StuPa, jedoch geringere Transparenz
- Abschaffung sämtlicher Ehrenämter im AStA
 - Kostenintensiv
 - Jedoch gut entwickeltes System des Kündigungsschutzes, ggf. mit gewerkschaftlicher Umsetzung durchsetzbar

²vgl. Schoch/Schneider/Porsch, 48. EL Juli 2025, VwGO § 73 Rn. 15, beck-online

³Verwaltungsgerichtsordnung

Änderung der Organisationssatzung der Studierendenschaft (Ehrenamtspauschale)

Antragsteller:

Rechtsausschuss

Antragstext:

Das Studierendenparlament möge die folgenden Änderungen zu den Änderungen der Organisationssatzung beschließen:

1. Der § 25 Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„Die Fachschaftsvertretung wird vom Vorstand geleitet. Dieser besteht aus mindestens einem*r Fachschaftsleiter*in und mindestens einem*r Fachschaftsfinanzbeauftragten.“

2. § 49 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„Referent*innen und Beauftragte des Allgemeinen Studierendenausschusses, Mitgliedern der Ausschüsse ~~und Kommissionen des Studierendenparlaments~~ sowie dem Präsidium des Studierendenparlaments, der Koordination der Fachschaftsvertretungskonferenz ~~sowie dem Vorstand von Fachschaftsvertretungen~~ kann für ihre Tätigkeit eine Entschädigung für finanziellen Aufwand bezahlt werden, sofern die entsprechenden Mittel im Haushalt bereitgestellt werden. Die Höhe ergibt sich aus dem Stellenplan der Studierendenschaft und wird in individuellen Vereinbarungen festgehalten. Das Studierendenparlament beschließt den Stellenplan regelmäßig mit Beschluss des Haushalts. ~~Entsprechendes gilt für die Fachschaftshaushalte in Bezug auf den*die Fachschaftsleiter*in sowie den*die Fachschaftsfinanzbeauftragte*n. Über die Höhe entscheidet in diesem Fall die Fachschaftsvertretung im Einvernehmen mit dem Finanzreferat.~~“

- b) Absatz 3 wird wie folgt eingefügt:

„Die Fachschaftsvertretungen erhalten zusammen mit den regulären Zuschüssen einen weiteren zweckgebundenen Zuschuss für die Entschädigung für finanziellen Aufwand des Vorstandes nach Absatz 2 Satz 1. Abweichend von Absatz 2 Satz 2 genügt der Beschluss der Fachschaftsvertretung über die Auszahlung einer Entschädigung für finanziellen Aufwand des Vorstandes, einer individuellen Vereinbarung bedarf es nicht. ~~Nicht für den Zwecke der Aufwandsentschädigung gebrauchte Gelder werden mit sämtlichen Folgezuschüssen aufgerechnet oder können durch das Finanzreferat des Allgemeinen Studierendenausschusses zurückgefordert werden.~~“

Die Absätze 3 und 4 werden zu den Absätzen 4 und 5.

c) In Absatz 4 wird folgender Satz 3 angefügt:

„Entsprechendes gilt für die Fachschaftsvertretungen in Bezug auf den Vorstand.“

Antragsbegründung:

Erfolgt mündlich.

Kostenschätzung für FS-Vorsitz-AE



Betrag pro FS-Vorsitz	Anzahl d. FS	pro Monat	pro Semester	(~) pro Studi	jährlich
30.00 €	40	1,200.00 €	7,200.00 €	0.31 €	<u>14,400.00 €</u>
40.00 €	40	1,600.00 €	9,600.00 €	0.42 €	<u>19,200.00 €</u>
60.00 €	40	2,400.00 €	14,400.00 €	0.63 €	<u>28,800.00 €</u>
80.00 €	40	3,200.00 €	19,200.00 €	0.83 €	<u>38,400.00 €</u>
90.00 €	40	3,600.00 €	21,600.00 €	0.94 €	<u>43,200.00 €</u>
100.00 €	40	4,000.00 €	24,000.00 €	1.04 €	<u>48,000.00 €</u>
120.00 €	40	4,800.00 €	28,800.00 €	1.25 €	<u>57,600.00 €</u>

Antrag auf Änderung der Organisationssatzung der Studierendenschaft der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Antragsteller:

Kenan Bilen

Antragstext:

Das Studierendenparlament möge die folgende Änderung der Organisationssatzung der Studierendenschaft beschließen:

§ 20 Wahl und Abwahl der Mitglieder des Allgemeinen Studierendenausschusses

*(4) Mitglieder des Vorstands des Allgemeinen Studierendenausschusses können mit Zweidrittelmehrheit der Mitglieder des Studierendenparlaments abgewählt werden. Referenten*innen des Allgemeinen Studierendenausschusses können mit der Mehrheit der Mitglieder des Studierendenparlaments abgewählt werden. Beauftragungen des Allgemeinen Studierendenausschusses können mit einfacher Mehrheit durch den Allgemeinen Studierendenausschuss abgewählt werden.*

*(5) Abweichend von Absatz 4 kann ein*e Referent*in oder eine Beauftragung vom Vorstand des Allgemeinen Studierendenausschusses aus diesem ausgeschlossen werden, wenn die Person in nicht unerheblicher Weise der Studierendenschaft oder dem Allgemeinen Studierendenausschuss schadet, deren Ansehen beschädigt oder gegen die Werte sowie Verhaltensmaßstäbe des Allgemeinen Studierendenausschusses verstößt, sodass ein Verbleib in diesem nicht tragbar ist. Das Studierendenparlament ist hiervon zu unterrichten, insbesondere sind die Gründe hierfür darzulegen, insoweit dies dem Schutz von Beteiligten nicht widerspricht.*

Antragsbegründung:

Die Abwahl von Beauftragungen ist nicht weiter geregelt, sodass diese dem Wortlaut des § 20 Abs. 4 entsprechend, trotz der Wahl im Allgemeinen Studierendenausschusses, im Studierendenparlament abgewählt werden müssen.

Es erscheint hier sinnvoller die Wahl und Abwahl dem Allgemeinen Studierendenausschuss zu überlass.

Zusätzlich soll mit dem neuem Abs. 5 eine Möglichkeit geschaffen werden, bei internen Problemen dem Vorstand eine stärkere Position im Bezug auf den inneren Frieden im Allgemeinen Studierendenausschusses zu geben sowie von Fehlverhalten betroffene Personen in diesem zu schützen.

Dies erfolgt in Anlehnung an das Recht der begründeten Kündigung, da es nicht stringent erscheint, dass der Vorstand Arbeitnehmer*innen im Allgemeinen Studierendenausschuss bei Fehlverhalten kündigen kann, ehrenamtliche Personen allerdings unter dem Schutz einer umfangreichen Gremienentscheidung stehen, welche mit Unsicherheiten verbunden ist und eine gewisse Hemmschwelle hat.

Sollte es zu einem Fehlverhalten eines Mitglieds bei einem anderen Mitglied im Allgemeinen Studierendenausschuss kommen, so müssen momentan die Betroffenen in das Studierendenparlament zitiert werden, um hier Aussagen über das Geschehene zu treffen und sich einem quasi Verhör zu stellen. Dies sollte hier zum Schutz der Beteiligten umgangen werden.

Die Beantwortung etwaiger Fragen erfolgt mündlich auf der Sitzung.

Antrag zu 83-08-06**Personen der Stellungnahme:**

FVK-Koordination

Text der Stellungnahme:

"Die FVK bittet das Studierendenparlament, den Antrag „Antrag auf Änderung der Organisationssatzung der Studierendenschaft der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel“ (zweiter Teil) abzulehnen: Der Antrag würde die ehrenamtliche Fachschaftsarbeit, worunter ein Großteil der tatsächlichen Betreuung der Studierenden fällt, ohne erkennbaren Nutzen merklich erschweren. Zum einen ergibt eine Streichung des Lehramtsbezugs keinen Sinn, da es ebenfalls laut LeFaKo sehr wichtig ist, die verschiedenen Schwerpunkte beider Gremien besser zu verteilen und auch weiterhin in der FVK Fachschaften mit Lehramtsbezügen anwesend sein werden. Das Hauptproblem bezieht sich jedoch auf die Aufgabenverteilung verschiedenster Arbeitsbereiche, die hier als Einheit verstanden werden, wodurch eine finanzielle Mehrbelastung der Besetzung dieser gesehen wird. Speziell geht es in dem Antrag um eine Sperre der Besetzung von Personen, die in der FVK-Koordination und einem entsprechenden AStA-Referat arbeiten. Eine Sperre würde dabei keine Arbeits- und finanzielle Entlastung bedeuten, aufgrund der diversen Unterschiede in den Aufgabenbereichen. Es wird neben dieser Sperre eine Reduktion der aktuellen fünf Positionen in der FVK-Koordination in diesem Antrag angestrebt, was eine zusätzliche Mehrbelastung der einzelnen Koordinatorinnen bedeuten würde. Sinnvoll ist ebenfalls hervorzuheben, dass das beispielsweise genannte Fachschaftsreferat über den AStA als Arbeitgeberin geregelt wird, während die FVK-Koordination durch die Fachschaften selbst getragen und legitimiert ist. Ein pauschaler Ausschluss beziehungsweise die Abberufung aktuell gewählter FVK-Koordinator*innen durch das Studierendenparlament würde somit nicht nur in bestehende demokratische Strukturen der Fachschaften eingreifen, sondern auch die kontinuierliche Arbeit und Handlungsfähigkeit der FVK erheblich gefährden. Insgesamt führt der Antrag daher weder zu einer strukturellen Verbesserung noch zu einer Entlastung, sondern vielmehr zu einer Schwächung der Fachschaftsarbeit und der studentischen Selbstverwaltung insgesamt. Darüber hinaus ist der Antrag unschlüssig begründet. Die FVK beauftragt ihre Koordination, diesen Beschluss schnellstmöglich dem StuPa mitzuteilen.

Antrag zur Änderung der Finanzsatzung

Antragsteller*innen:

Rechtsausschuss

Antragstext:

Das Studierendenparlament möge beschließen, den § 18 V der Finanzsatzung der Studierendenschaft wie folgt zu ändern:

„(5) Das Studierendenparlament kann auf Antrag des Finanzreferenten oder der Finanzreferentin mit Zweidrittelmehrheit seiner Mitglieder beschließen, einer Fachschaft **einmalig vorläufig oder endgültig keinen Semesterzuschuss auszus zahlen**, wenn in der Buchführung der Fachschaften schwere Mängel bestehen oder grobes Fehlverhalten vorliegt. Bei grobem Fehlverhalten kann ein entsprechender Antrag auch vom Fachschaftsreferat gestellt werden. Grobes Fehlverhalten liegt insbesondere dann vor, **wenn durch ein der Fachschaftsvertretung zuzurechnendes Verhalten den in § 72 Absatz 2 Hochschulgesetz genannten Aufgaben zuwidergehandelt wird.**“

Antragsbegründung:

Die Redaktion des Nachrichtenblattes bittet um eine konkretere Ausformulierung der geänderten Punkte.